



Netzwerk:

**Kommunen der Zukunft**

Eine Gemeinschaftsinitiative  
der Bertelsmann Stiftung,  
der Hans-Böckler-Stiftung  
und der KGSt

2

# Kommunale Engagementförderung – *Ein praxisbezogener Überblick*

# Inhaltsverzeichnis

Inhalt:	Seite
I. Kommunale Engagementförderung - Ein praxisbezogener Überblick  Priv. Doz. Dr. Jörg Bogumil und Dr. Lars Holtkamp	2
II. Ein Stadtteil entdeckt seine Identität – Bürgerengagement im Neustadter Stadtteil Schöntal  Dr. Wolfgang Ressmann, Beigeordneter a. D.	20
III. Praxisbeispiele zum bürgerschaftlichen Engagement in der Stadt Arnsberg  Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg	30
IV. Esslingen am Neckar, die Bürgerkommune im Netz - aufgezeigt am Beispiel des Bürger-Webforums  Anja Scholz, persönliche Referentin des Oberbürgermeisters	45

# Kommunale Engagementförderung – Ein praxisbezogener Überblick

Priv. Doz. Dr. Jörg Bogumil und Dr. Lars Holtkamp

<b>1. Ziele der Engagementförderung.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Ziele und Motive der kommunalen Entscheidungsträger.....</b>	<b>4</b>
<b>3. Zielgruppen der Engagementförderung .....</b>	<b>8</b>
Unorganisierte Bürger _____	8
Kleinere Initiativen _____	8
Wohlfahrtsverbände _____	9
Öffentliche Einrichtungen _____	9
Wirtschaft _____	9
Sozial benachteiligte Stadtteile _____	10
<b>4. Förderliche Rahmenbedingungen.....</b>	<b>10</b>
Verwaltungsorganisation _____	11
Anerkennungskultur _____	12
Dezentralisierte Budgets _____	12
<b>5. Förderinstrumente .....</b>	<b>14</b>
Freiwilligenzentralen _____	14
Bürgerstiftungen _____	15
Aufgabenübertragung _____	15
<b>6. Ausblick .....</b>	<b>16</b>
<b>Literaturhinweise .....</b>	<b>19</b>

## Kommunale Engagementförderung – ein praxisbezogener Überblick

Seit Mitte der 90er Jahre kann man viele Initiativen in den Kommunen beobachten, verstärkt Bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Lange bevor sich der deutsche Bundestag und die Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ mit diesem Thema beschäftigt haben, wurden in den Kommunen schon neue Wege der Engagementförderung erprobt. Dies liegt auch daran, dass die Kommunen am sensibelsten auf die Anliegen der Bürger reagieren, wenn ihnen Bund und Land nur die Handlungsspielräume dafür gewähren.

Diese Initiativen der Kommunen im Verbund mit dem einsetzenden Interesse der Wissenschaft und der höheren föderalen Ebenen haben zu einer kaum noch überschaubaren Publikationswelle über die Förderung von Bürgerschaftlichen Engagement geführt. Wir wollen im Folgenden versuchen die Ergebnisse dieser Diskussion zu bündeln und lassen dabei insbesondere die praktischen Erfahrungen „unserer“ Netzwerkstädte einfließen. Wir können dabei auch auf erste Ergebnisse unseres von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts Bürgerkommune zurückgreifen (vgl. <http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/Projekt.htm>), in dem wir u. a. eine Stadt des Netzwerkes – die für ihre Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements bundesweit bekannt gewordene Stadt Arnsberg – etwas näher unter die Lupe nehmen. In dieser Stadt haben wir u. a. eine schriftliche Befragung aller Ratsmitglieder und aller Beschäftigten der Stadtverwaltung, sowie Intensivinterviews mit den Fraktions- und Verwaltungsspitzen durchgeführt.

Wir werden versuchen, uns im Folgenden auf die für die kommunale Praxis wesentlichen Fragen zu konzentrieren, um abschließend im Ausblick auch grundsätzlichere Fragestellungen aufzugreifen.

Zunächst ist zu klären, welcher Bereich der Engagementförderung im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht, weil fast jeder unter Bürgerschaftlichem Engagement etwas anderes versteht. Ausgehend davon, dass die Beziehungen zwischen Kommune und Bürger vielfältig sind, lassen sich idealtypisch drei Rollen des Bürgers in der Kommune unterscheiden:

- der Bürger als *politischer Auftraggeber* (z. B. *Bürgerversammlungen, Bürgerforen etc.*),
- der Bürger *als Kunde der Leistungserstellung* (Kundenbefragungen, Aktives Beschwerdemanagement etc.) sowie
- der Bürger als *Mitgestalter des Gemeinwesens*, als Koproduzent bei der Leistungserstellung (ehrenamtliches Engagement in den Wohlfahrtsverbänden, Spielplatzpatenschaften etc.)

Die öffentliche Diskussion über Engagementförderung fokussiert sich stark auf die Mitgestalterrolle, so dass wir uns im Folgenden vor allem mit der Förderung der Mitgestalterrolle beschäftigen werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Förderung von Mitgestalter- und Auftraggeberrolle fließend ist – wer mitarbeitet, will auch mitreden!

# 1. Ziele der Engagementförderung

In der Praxis werden immer wieder drei Ziele der Engagementförderung genannt

- Stärkung der gegenseitigen Hilfsbereitschaft der Bürger
- Stärkere Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt oder ihrem Stadtteil
- Haushaltskonsolidierung

Diese Ziele der Engagementförderung werden in den Kommunen zum Teil mit sehr unterschiedlicher Gewichtung - auch abhängig von der jeweiligen Haushaltslage - verfolgt. Insbesondere das Ziel Haushaltskonsolidierung war zumindest anfangs stark umstritten, nicht zu letzt, weil es auch zur Demotivierung der Bürger beitragen kann. Wenn sich die Bürger ausschließlich zu „Lückenbüßern“ degradiert fühlen, wird sich dies negativ auf die Engagementbereitschaft auswirken. Auf Grund der mittlerweile seit ca. zehn Jahren anhaltenden kommunalen Haushaltskrise ist aber klar, dass jeder neue Aufgabenbereich und jede neue kommunale Maßnahme sich auch daran messen lassen muss, was sie zur Haushaltskonsolidierung beitragen kann. Solange die Haushaltskonsolidierung nicht das ausschließliche Motiv der Engagementförderung ist, ist dagegen sicherlich nichts einzuwenden. In der Praxis zeigt sich, dass dies durchweg nicht der Fall ist. Engagementbedingte Einsparungen auf der einen Seite, stehen häufig Ausgaben für die Engagementförderung in anderen Bereichen gegenüber.

Die Diskussion über Ziele führte häufig auch dazu, über neue Visionen nachzudenken, die Auskunft darüber geben sollen, in welche Richtung sich das kommunale Kräftedreieck zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern entwickeln soll. So ist häufig die Rede vom aktivierenden Staat, von der Förderung des Sozialkapitals, der Ermöglicungsverwaltung oder von kommunitaristischen Konzepten. Aus unserer Sicht ist es vollkommen ausreichend, wenn man sich wieder an einen älteren Begriff erinnert, der in Deutschland auf eine lange Tradition verweisen kann. Gemeint ist hier das Subsidiaritätsprinzip. Dieses Prinzip der katholischen Soziallehre hat eine negative, sehr bekannte, Seite und eine positive, eher in Vergessenheit geratene, Seite. Die negative Seite besagt, dass die Leistungen, die eine kleine Einheit erledigen kann, nicht von höheren Ebenen an sich gezogen werden sollte, während die positive Seite daraufhin weist, dass es Aufgabe der höheren Ebenen ist, die kleineren Einheiten zu dieser Leistungsproduktion zu befähigen und sie dabei zu unterstützen. Subsidiaritätsprinzip heißt also Hilfe zur Selbsthilfe.

Für die Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern bedeutet dies, dass die Verwaltung Aufgaben an die Bürger delegieren sollte, die diese besser erledigen können, um gleichzeitig aber auch neue Aufgaben, die in der Unterstützung und Begleitung von freiwillig Engagierten liegen, wahrzunehmen. Ziel ist also nicht ein radikaler Aufgabenabbau, sondern ein Aufgabenumbau. Darüber hinaus muss der Rat auch bereit sein, kleinere politische Kompetenzen abzugeben, um so das Bürgerschaftliche Engagement aufzuwerten. Diese Umgestaltung des Kräftedreiecks setzt darüber hinaus eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung voraus. Im Zuge des Partizipationsmanagements müssen Politik und Verwaltung sich gemeinsam überlegen, wie man Bürgerschaftliches Engagement nachhaltig fördern kann.

Natürlich sollte das Subsidiaritätsprinzip nicht nur innerhalb des kommunalen Kräftedreiecks gelten, sondern auch im Verhältnis zwischen den föderalen Ebenen. Bund und Länder sollten mög

lichst viele Kompetenzen an die Kommunen delegieren und sie gleichzeitig für diese Aufgaben auch dementsprechend finanziell ausstatten. Nur auf kommunaler Ebene kann das Bürgerschaftliche Engagement effektiv unterstützt werden. Dies setzt aber voraus, dass Bund und Länder die rechtlichen und finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen nicht immer weiter einschränken, wie sie es, unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung, ziemlich unbekümmert seit Jahren tun.

## **2. Ziele und Motive der kommunalen Entscheidungsträger**

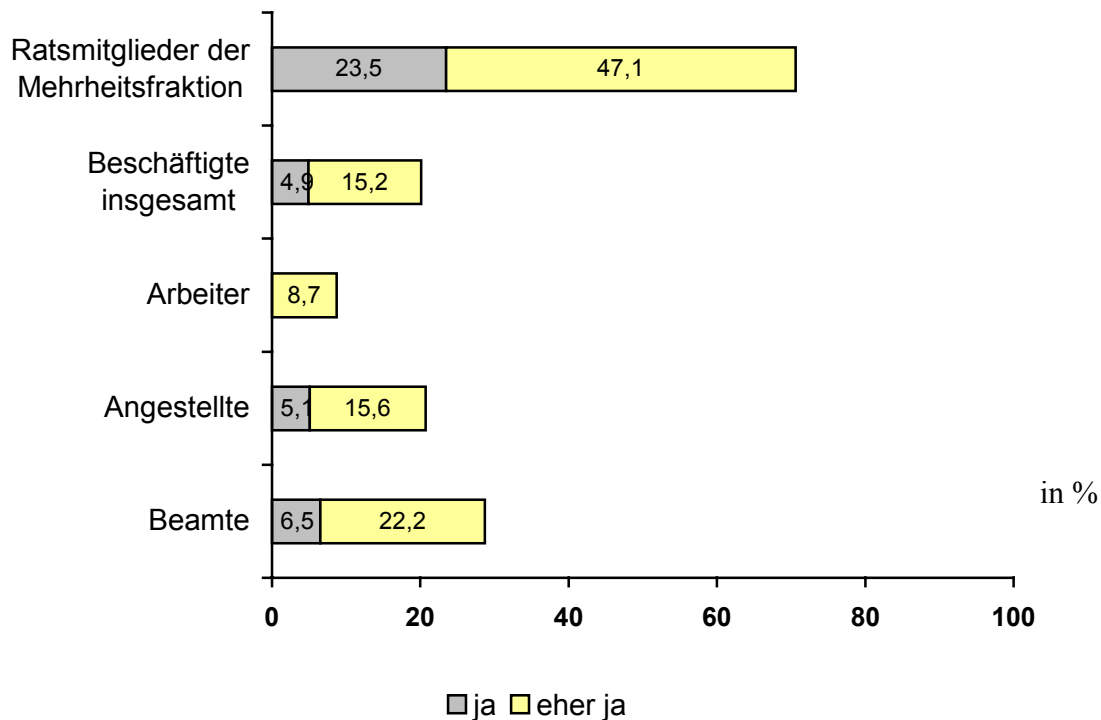
Die kommunalen Entscheidungsträger verfolgen bei der Engagementförderung neben den vorher genannten, eher am Gemeinwohl orientierten Zielen durchaus auch eigene Ziele, die es gerade bei der Neugestaltung des kommunalen Kräftedreieck zu berücksichtigen gilt.

Die direktgewählten Bürgermeister sind häufig die Hauptpromotoren der Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement. Bürgerumfragen haben deutlich gezeigt, dass die Wähler einen bürger-nahen Bürgermeister bevorzugen. Diese Bürgernähe kann nicht zuletzt durch die Förderung von Bürgerengagement vermittelt werden, so dass sich die Förderung von Engagement am Wahltag auszahlen kann.

Eine erste Konfliktlinie bei der Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement zeichnet sich aber bereits ab, wenn man die Ziele und Interessen der „einfachen“ Verwaltungsmitarbeiter sich näher anschaut. Die Verwaltungsmitarbeiter stehen der Förderung der Mitgestalterrolle häufig relativ reserviert gegenüber. Deutlich wird in unserer Beschäftigtenbefragung in Arnsberg, dass die Aufgabenübertragung von den Verwaltungsmitarbeitern deutlich skeptischer als von den Ratsmitgliedern der Mehrheitsfraktion beurteilt wird. Insbesondere der Arbeiterbereich hält die Übertragung von Aufgaben der Stadtverwaltung auf Bürger und Vereine bei gleichzeitigem Personalabbau für nicht richtig (vgl. Abbildung 1).

Die Beschäftigtenbefragung zeigt weiter, dass gerade die Arbeiter mit der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes viel weniger zufrieden sind als die Angestellten und Beamten (vgl. Abbildung 1). Die Aufgabenübertragung wird von dieser Beschäftigtengruppe offensichtlich als Gefährdung ihres Arbeitsplatzes, trotz des weitgehenden Ausschlusses von betriebsbedingten Kündigungen in den alten Bundesländern, gedeutet.

**Abbildung 1: Personalabbau durch Aufgabenübertragung**



Des Weiteren kann die Förderung von Bürgerengagement, wie die Intensivinterviews in Arnberg ergaben, auch zu einer Entwertung der Arbeitsleistungen gerade dieser Beschäftigtengruppe führen. Zugespißt wird gefragt, was denn die Arbeit der Verwaltungsmitarbeiter überhaupt wert ist, wenn „jeder dahergelaufene Bürger“ die Arbeit einzelner Verwaltungsmitarbeiter genauso gut oder sogar besser erfüllen kann.

Auch von den von den Beschäftigten werden als mögliche Probleme der Aufgabenübertragung neben der durch Personalabbau induzierten höheren Arbeitslosigkeit folgende Punkte genannt:

- keiner ist letztlich für die Aufgabenerfüllung verantwortlich zu machen;
- eine kontinuierliche Aufgabenerfüllung ist nicht gewährleistet.

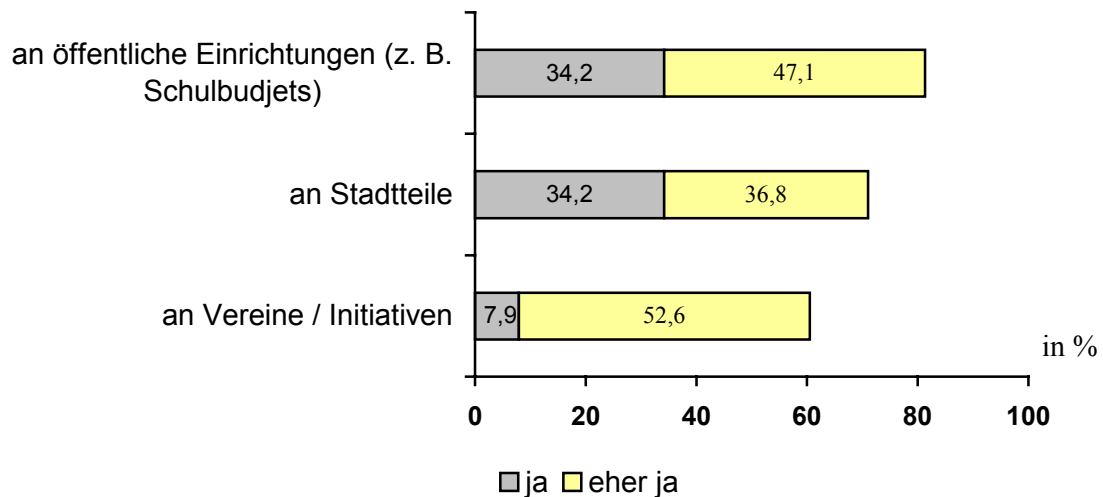
Diese Konfliktlinie zwischen Beschäftigten und Bürgern dürfte umso deutlicher hervortreten, je mehr Engagementförderung im Zuge der Haushaltskrise lediglich zum Aufgabenabbau und nicht zum Aufgabenumbau genutzt wird. Allerdings kann eine derartige Reformstrategie auch zu einem Bündnis von Bürgern und Beschäftigten führen, denn die Bürger wollen, wie bereits eingangs skizziert, nicht auf die Lückenbüßerfunktion reduziert werden, genauso wie der überwiegende Teil der Beschäftigten gegen einen radikalen Aufgabenabbau ist.

Die Personalräte scheinen die Bedenken der Beschäftigten überwiegend zu teilen. Sie stehen der Förderung der Mitgestalterrolle deutlich reservierter gegenüber als der Beteiligung der Bürger an Planungsprozessen. Sie befürchten neben dem Personalabbau in der Verwaltung ebenfalls eine Senkung von Qualitätsstandards. Zwar entstehen zum Teil im Rahmen der Engagementförderung auch neue Arbeitsplätze im Dritten Sektor, häufig aber nicht in hinreichend abgesicherten Be

schäftungsverhältnissen. Viele Personalräte fühlen sich zudem durch die hohe Wertschätzung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit und den starken Privatisierungsdruck in die Defensive gedrängt.

Der Stadtrat beschäftigt sich meist nur wenig mit der Engagementförderung im Rahmen der Mitgestalterrolle. Lediglich in den Fällen, in denen politische Kompetenzen an Bürger oder Vereine (z. B. Budgetverantwortung) abgegeben werden sollen, wird die Förderung von Bürgerengagement stärker thematisiert. Insbesondere wird befürchtet, dass die schon seit Jahren im Zuge der Haushaltskrise, der formellen bzw. materiellen Privatisierung und der Einführung direktdemokratischer Elemente in allen Gemeindeordnungen schrumpfenden Gestaltungsspielräume der Stadträte durch die Förderung von Bürgerengagement schleichend weiter eingeengt werden. Diese zweite Konfliktlinie zeigt sich auch bedingt in unserer Ratsbefragung in Arnsberg, in der eingeschränkten Bereitschaft, Kompetenzen an Vereine und Initiativen abgeben zu wollen.

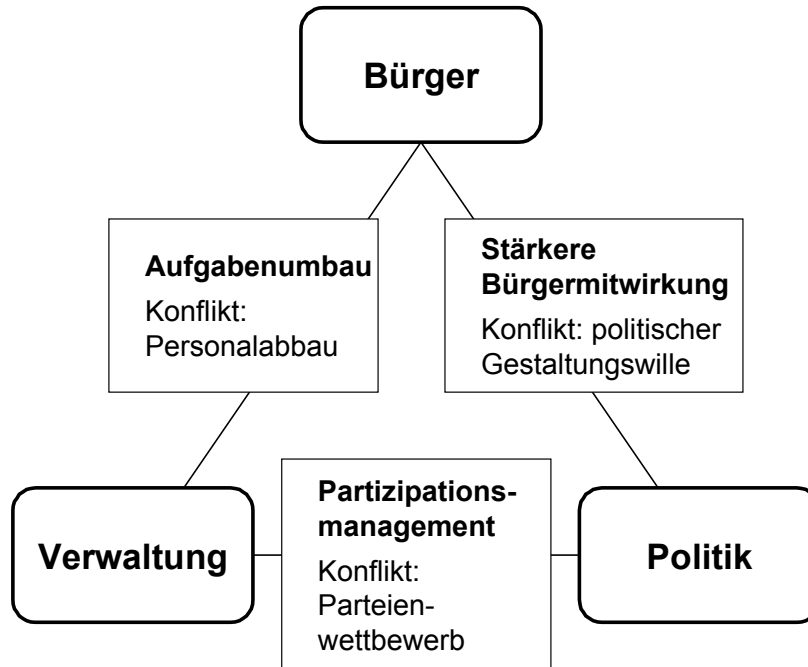
**Abbildung 2: Bereitschaft der Ratsmitglieder zur Abgabe von Kompetenzen**



Auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtrat im Zuge des Partizipationsmanagements stößt auf erhebliche Interessenkonflikte, weil es die Opposition im Rat häufig eher als ihre Aufgabe ansieht, die Verwaltung zu kontrollieren als mit ihr eng zusammenzuarbeiten und die Verwaltung diese Fraktionen im Gegenzug nur sehr zurückhaltend informiert und beteiligt. Es zeigt sich aber immer wieder, dass nach veränderten Ergebnissen bei den Rats- oder Bürgermeisterwahlen angestoßene Reformprozesse ins Stocken geraten oder sogar rückgängig gemacht werden, wenn die Opposition nicht in diesen Reformprozess mit eingebunden war. Die Einbindung der Opposition wird mit zunehmender Gemeindegröße allerdings schwerer aufgrund des zunehmenden Parteienwettbewerbs. Generell dürften die Kompetenzkonflikte von Verwaltung und kommunalen Vertretungskörperschaften mit zunehmender Gemeindegröße aufgrund eines eher parlamentarischen Verständnisses von Kommunalpolitik wahrscheinlicher werden.



**Abbildung 3: Konfliktlinien im neuen Kräftedreieck**



Insgesamt kann man das Fazit ziehen, dass von den direktgewählten Bürgermeistern häufig die wichtigsten Impulse für die Förderung von Bürgerengagement ausgehen, während die anderen kommunalen Entscheidungsträger abwartend bis abwehrend reagieren. Dabei kann der Bürgermeister sich zum Teil aber immerhin auf die Führungskräfte der Verwaltung stützen, deren Aufgaben und Personal durch Engagementförderung nicht abgebaut, sondern eher ausgebaut werden (z. B. Soziales). Allerdings kann der direktgewählte Bürgermeister nicht im Alleingang das kommunale Kräftedreieck anders austarieren. Für ihn ist es häufig eine Gratwanderung zwischen langwieriger kooperativer Überzeugungsarbeit der abwartenden bis abwährenden Akteure einerseits, ohne dass dabei andererseits die notwendigen Reformen „ausgesessen“ werden.

### 3. Zielgruppen der Engagementförderung

Im Rahmen der Engagementförderung sind sehr unterschiedliche Zielgruppen zu beachten, auf die man sehr differenziert eingehen muss. Im Folgenden werden die wichtigsten Zielgruppen kurz vorgestellt.

#### Unorganisierte Bürger

Viele Meinungsumfragen haben gezeigt, dass ein sehr großer Teil der Bürger bereit wäre, sich zu engagieren, wenn die Engagementangebote stärker auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten wären. Es ist hinreichend belegt, dass sich die Motive für ehrenamtliches Engagement und die Erscheinungsformen des Engagements im Laufe der Zeit gewandelt haben. Die verschiedenen Erscheinungsformen können gut nach den Motiven für diese Tätigkeiten unterschieden werden:

- die Selbsthilfe („Wir tun etwas für uns“),
- das klassische Ehrenamt („Wir tun etwas für andere“) und
- die Neue Ehrenamtlichkeit („Wir tun etwas für andere und damit etwas für uns selbst“).

Insgesamt expandierte in den letzten Jahren der Bereich der Selbsthilfe und der der Neuen Ehrenamtlichkeit, während das klassische Ehrenamt eher schrumpft. Des Weiteren verlieren durch Sozialmilieus vorgezeichnete Ehrenamtskarrieren an Bedeutung. Dadurch werden viele engagementbereite Bürger nicht mehr durch die klassischen Organisationen an mögliche Engagementfelder herangeführt und es besteht die Gefahr, dass diese Engagementressourcen brach liegen. Aufgabe der Kommune wird es vermehrt sein, dafür zu sorgen, dass Engagementangebote entstehen, die den neuen Bedürfnissen an Ehrenamtlichkeit entsprechen und eine *Verbindung zwischen Engagementbereiten und Engagementangeboten „herzustellen“*. Dies ist eine Aufgabe, die die Kommune natürlich nicht im Alleingang realisieren kann, sondern sie ist hierbei auf viele Kooperationspartner angewiesen.

#### Kleinere Initiativen

Gerade die Förderung von kleineren Initiativen, die häufig den veränderten Bedürfnissen an Ehrenamtlichkeit am stärksten gerecht werden, ist ein schwieriger Balanceakt. Einerseits brauchen sie aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen erhebliche Hilfestellungen (Räume, personelle Zuschüsse etc.), andererseits wollen sie sich von der Kommunen nicht vereinnahmen lassen. Eine Kooperation mit der Verwaltung ist auch deswegen schwer, weil die Verwaltung am liebsten nur mit hauptamtlichen Kräften zusammenarbeitet, die eine entsprechende Fachlichkeit und Kontinuität der Aufgabenerfüllung gewährleisten und mit denen wichtige Absprachen während der normalen Dienstzeit erfolgen können. Dauerhafte Kooperation zwischen Initiativen und Verwaltung führt häufig zur Förderung von hauptamtlichen Kräften in den Initiativen, während das freiwillige Engagement im Zeitablauf zurückgeht. Zukünftig wird es darauf ankommen, Förderstrategien zu erproben, die *kleine Initiativen unterstützen, ohne dabei das Engagement durch hauptamtliche Kräfte zu substituieren*.

## **Wohlfahrtsverbände**

Seit Jahren ist die Zahl der ehrenamtlich Engagierten in den Wohlfahrtsverbänden rückläufig. Das liegt sicher auch daran, dass in ihnen traditionelle Engagementformen immer noch überwiegen, auch wenn mittlerweile einige Initiativen ergriffen wurden, um verstärkt den Bereich der Selbsthilfe und der neuen Ehrenamtlichkeit anzusprechen. Das heißt aber nicht, dass Wohlfahrtsverbände als Adressaten der Engagementförderung keine wichtige Rolle mehr spielen. In den Wohlfahrtsverbänden ist weiterhin ein großer Teil der ehrenamtlich Engagierten organisiert und sie verfügen über einen erheblichen politischen Einfluss.

Engagementinitiativen der Kommunen werden von ihnen allerdings nicht selten als Konkurrenzveranstaltung wahrgenommen. Man befürchtet, dass im Verband ehrenamtlich Tätige durch neue Projekte abgeworben werden oder bei den Haushaltsberatungen ein neuer Konkurrent um die immer knapper werdenden Mittel entsteht. Einerseits müssen die Wohlfahrtsverbände in kommunale Förderstrategien eingebunden werden, um ihre erheblichen Ressourcen zu nutzen und starken Widerstand in Gremien wie dem Jugendhilfeausschuss zu vermeiden. Andererseits darf dies nicht dazu führen, dass Fördermittel weiterhin fast ausschließlich an die Wohlfahrtsverbände fließen, die nachweislich immer weniger Engagement binden.

## **Öffentliche Einrichtungen**

Ein zunehmend wichtiger Kooperationspartner der kommunalen Engagementförderungen sind öffentliche Einrichtungen, wie z. B. die Schulen. Sie verfügen erstens über Räumlichkeiten, die häufig in den Abendstunden nicht genutzt werden, an denen es aber in der Engagementförderung immer wieder mangelt. Zweitens schlummern gerade in den Schulen erhebliche Engagementpotentiale. Um diese zu wecken, bedarf es der Initiative der Kommune, um die Schule mit anderen Kooperationspartnern zusammenzubringen, die interessante Engagementfelder bieten. Dies setzt aber gerade ein anderes Verständnis im Schulverwaltungsamt voraus, dass sich häufig immer noch eher als Ordnungsbehörde denn als Dienstleister oder gar „Aktivierer“ versteht und einen Wandel im Verständnis einiger schulischer Akteure, die ihre Einrichtung immer noch ausschließlich als *staatliche* Veranstaltung begreifen.

Hier kann es sich als entscheidender Vorteil erweisen, wenn man wie in Arnsberg beispielsweise die Bereiche Schule und Jugend zu einem Fachbereich zusammenschließt. Damit kann Kooperation zwischen diesen beiden Bereichen verbessert und das Selbstverständnis dieses Fachbereichs engagementförderlicher werden. Die Beispiele im Beitrag von Bürgermeister Vogel in dieser Broschüre zeigen eindrucksvoll, wie stark sich Schüler und auch Lehrer bzw. Schulleiter engagieren, wenn sie in ihrem Engagement von der Kommune unterstützt und ermutigt werden.

## **Wirtschaft**

Auch wenn mittlerweile viel über den Einbezug der örtlichen Wirtschaft in die Engagementförderung debattiert wird, beschränkt sich ihre Rolle in vielen Kommunen noch auf den Bereich des

Sponsoring. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass sich das Engagement in diesen Bereichen bisher durchaus in Grenzen hält. Städte, die im Zuge der Haushaltskrise radikal bei den sogenannten freiwilligen Leistungen gekürzt haben und die Fachbereiche und Initiativen auf die Möglichkeiten des Sponsorings verwiesen haben, haben zwar eine Welle von „Bettelbriefen“ ausgelöst, die jedoch nur auf eine beschränkte Spendenbereitschaft der Unternehmen treffen. Das Spendepotential der Unternehmen in den neuen Bundesländern und in den sozialen Brennpunkten der westdeutschen Großstädten ist besonders gering, so dass ein Abbau von kommunalen Leistungen gerade in den Gebieten nicht substituiert werden kann, in denen der größte Handlungsbedarf besteht.

Weiterhin ist fraglich, ob man durch Sponsoring dauerhaft wichtige Einrichtungen absichern kann. Anfangs ist es aufgrund des großen Medienechos häufig nicht so schwer Sponsoren zu finden, aber mit der Zeit wird das finanzielle Engagement für die Partner relativ reizlos. Aber es zeigen sich nicht nur praktische, sondern auch ordnungspolitische Probleme, wenn die Spendenbereitschaft der Unternehmen und die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand in einen zu engen Zusammenhang stehen oder gestellt werden.

### **Sozial benachteiligte Stadtteile**

Bürgerschaftliches Engagement hängt stark von den Faktoren Bildung und Einkommen ab. Dies erweist sich insbesondere in Stadtteilen mit einer ungünstigen Sozialstruktur als ein zentrales Hemmnis der Stadtteilentwicklung. Ist die öffentliche Infrastruktur in diesen Stadtteilen zumeist bereits sehr bescheiden, weil sie häufig über eine schlechte politische Lobby im Rat verfügen, werden auch noch weniger kollektive Güter durch Bürgerschaftliches Engagement in diesen Stadtteilen produziert. Die Engagementförderung in diesen Stadtteilen erweist sich häufig als langwierig und ressourcenintensiv. Damit tritt die Engagementförderung in sozialbenachteiligten Stadtteilen in einen deutlichen Konflikt zu den kurzfristigen Konsolidierungszielen. Sie ist häufig nur durch die Kofinanzierung von Bund und Ländern leistbar, wie beispielsweise im Rahmen des Programms Soziale Stadt. Wolfgang Rössmann zeigt aber in seinem Beitrag in dieser Broschüre, dass es hierzu durchaus Alternativen gibt, wenn die Initiative dazu selbst aus dem Stadtteil kommt. Dies dürfte aber in altindustriellen Gebieten, die häufig noch über ein intaktes Netz sozialer Kontakte und Vereine verfügen, wahrscheinlicher sein, als in den in den 70er Jahren entstanden anonymen Großwohnsiedlungen.

## **4. Förderliche Rahmenbedingungen**

Das Engagement in der Mitgestalterrolle kommt häufig durch die einzelnen Bürger selbst zu Stande und wird nicht durch Beteiligungsinstrumente inszeniert (z. B. Schulhofumgestaltung, ehrenamtlicher Betrieb von Freibädern, selbstverwaltete Kulturzentren etc.). Vieles von dem Engagement im Rahmen der Mitgestalterrolle ist auf „wildwuchernde“ soziale Prozesse und nicht auf wohlfeile, detaillierte kommunale Planung zurückzuführen. Deswegen setzt die Förderung der Mitgestalterrolle nicht nur bei konkreten Instrumenten, sondern auch bei der Steuerung förderlicher Rahmenbedingungen an.

## Verwaltungsorganisation

Vereine und Initiativen erleben es immer wieder, dass die gerade im Zuge des Neuen Steuerungsmodells zugenommene Autonomie und Abschottung der Fachbereiche dazu führen, dass sie von Pontius zu Pilatus laufen müssen, um relativ einfache Dienstleistungen der Stadtverwaltung zu erhalten. Ziel muss es daher sein, Unterstützungsleistungen aus einer Hand - also das sog. One-Stop-Government - zu gewährleisten. Dies kann durchaus unterschiedlich organisiert werden. So kann in der Verwaltung ein zentraler Ansprechpartner für die Engagementförderung benannt werden oder es können dezentral in den einzelnen Fachbereichen Ansprechpartner geschaffen werden, die gleichzeitig Lotsenfunktionen erfüllen. Lotsen begleiten engagementbereite Bürger und Vereine während des gesamten Erstellungsprozesses der jeweiligen Dienstleistung jenseits von klassischen Zuständigkeiten durch die Verwaltung. In unserem Städtenetzwerk wurde die Schaffung von zentralen Ansprechpartnern kontrovers diskutiert, was auch zeigt, dass es nicht den Königsweg der Engagementförderung gibt.

Wenn man die Vor- und Nachteile eines zentral angesiedelten Bürgerbeauftragten systematisiert, ergibt sich folgendes Bild:

**Abbildung 4: Vor- und Nachteile eines zentralen Ansprechpartners**

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"><li>• keine einseitige Verknüpfung der Förderung mit einem Fachbereich (z. B. BE-Förderung ist Sache des Fachbereichs Soziales und Lokale Agenda macht das Umweltamt</li><li>• Dokumentation nach außen, dass Bürgerengagement ein zentrales Thema ist</li><li>• klare Zuständigkeit nach außen hin</li><li>• kann neue Impulse durch Fortbildung etc. in die Fachbereiche reinbringen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• führt zur Bürokratisierung, weil eigentlich die Fachbereiche nur das Know-how haben, um die Leistungen für die Bürger zu erbringen.</li><li>• ein Bürgerbeauftragter kann dazu führen, dass Verantwortung abgewälzt wird und BE-Förderung nicht mehr als Aufgabe der ganzen Verwaltung angesehen wird</li><li>• zusätzliche Stelle, die schwer zu finanzieren ist</li></ul>

Für eine eher zentrale Lösung spricht weiterhin, dass bisher in den meisten Kommunen die Engagementförderung in jedem Amt oder Fachbereich anders gehandhabt wird, keine fachbereichsübergreifenden Konzepte vorgelegt wurden und durch die Bündelung dieser Instrumente Synergieeffekte entstehen können.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die ausführenden Ämter die Konzeptentwicklung nachvollziehen können und genügend Handlungsspielräume vorhanden sind, um flexibel auf die Adressaten eingehen zu können. Für diese Gratwanderung zwischen zentralen und dezentralen Lösungen gibt es derzeit sicherlich keine Patentlösung, so dass jede Kommune auch abhängig von der Gemeindegröße ihre eigene Lösung finden muss.

## **Anerkennungskultur**

In vielen Untersuchungen wurde erforscht, was für Hilfen die engagementbereiten Bürger von der Stadt erwarten. Ergebnis war immer wieder, dass sie primär keine individuelle finanzielle Förderung, sondern eine Förderung von Organisationen präferieren. Dabei geht es häufig um die Bereitstellung von Räumlichkeiten und von Fortbildungsangeboten. Die Ehrung und Anerkennung individuellen Engagements ist zwar wichtig, aber letztlich relativ wirkungslos, wenn angesichts der Haushaltskrise nicht mehr eine adäquate Förderung der Organisationen gewährleistet werden kann. Wenn diese in Haushaltsberatungen immer wieder zur Disposition gestellt werden, wirkt das Gerede über die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements auf viele Bürger zynisch. Diese Förderung stellt das Fundament dar, auf dem andere Formen der Anerkennungskultur aufbauen müssen.

Bei der Ehrung und Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement sollte beachtet werden, dass alle Engagementformen - Selbsthilfe, klassische und neue Ehrenamtlichkeit - prinzipiell gleichberechtigt sind, aber nicht gänzlich gleich behandelt werden sollten. So besteht häufig die Gefahr, dass das „Neue Ehrenamt“ in der Lokalpresse und von den politischen Akteuren sehr viel häufiger erwähnt wird, während sich viele Bürger, die oftmals seit Jahrzehnten wichtige Aufgaben der Stadt ehrenamtlich wahrnehmen, auf „den Schlips getreten fühlen“. Darüber hinaus dürften die traditionellen Formen der Ehrung zwar für das klassische Ehrenamt weiterhin passend sein, während sich für Neue Ehrenamtlichkeit und Selbsthilfe sicherlich eher andere Formen anbieten (z. B. kommunal kofinanzierte „Dankeschönfeste“, die von den Engagierten mitorganisiert werden).

Natürlich gibt es viele andere Formen der Anerkennungskultur, wie sie beispielsweise in der mittlerweile bundesweit bekannt gewordene Stadt Nürtingen in Baden-Württemberg praktiziert werden, die aber bei zunehmendem Konsolidierungsdruck nicht leicht zu realisieren sind. Das dortige Motto der Engagementförderung „Bürgerengagement spart niemals Geld ein, sondern kostet Geld“ (Guido Wolf) können derzeit sicherlich nicht viele Kommunen problemlos beherzigen.

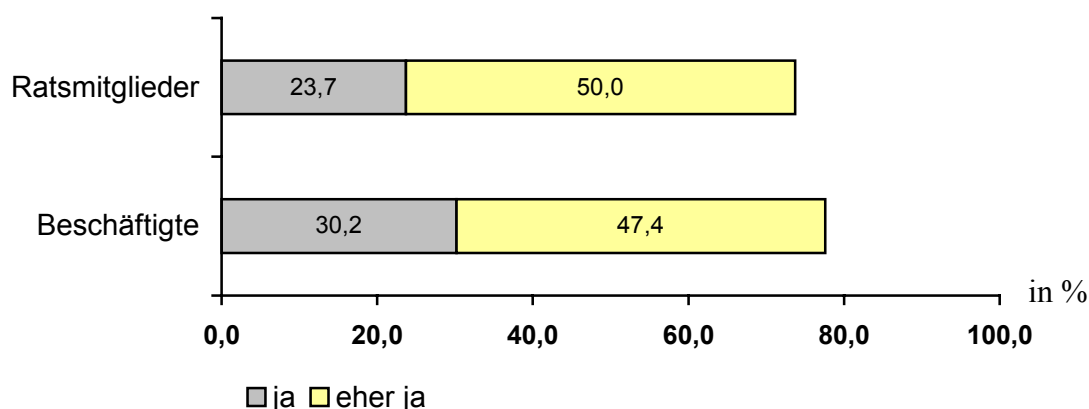
## **Dezentralisierte Budgets**

Bereits bei der Skizze des neuen Kräftedreiecks wurde angedeutet, dass es bei der Dezentralisierung von Budgets zu erheblichen Konflikten mit dem Stadtrat kommen kann. Eine flexible Förderung setzt aber voraus, dass man auch während des Jahres auf Bedürfnisse von Bürgern und Vereinen im Rahmen der Engagementförderung eingehen kann. So hat sich z. B. gerade in der sozialen Stadtteilarbeit gezeigt, wie wichtig dezentralen Budgets zur Motivierung engagementbereiter Bürger sind.

Häufig haben die Bürger gerade in sozial benachteiligter Stadtteile erlebt, dass es durchaus rational ist, sich nicht zu beteiligen, weil sich hinterher sowieso andere durchsetzen. Um gerade in diesen Stadtteilen Engagementbereitschaft zu forcieren, müssen für die Beteiligten schnell Erfolgserlebnisse produziert werden, die im Stadtteil sichtbar sind. Dies ist oft sehr schwer, weil viele Projekte nicht zu letzt durch die Vielzahl der zu beteiligenden kommunalen und staatlichen Akteure nur sehr schleppend realisiert werden können. Deswegen ist ein dezentrales Budget, mit dem sofort kleinere Maßnahmen umgesetzt werden können, von zentraler Bedeutung. Das dezentrale Budget sollte dabei weniger die flexible „Privatschatulle“ einzelner Verwaltungsmitarbeiter sein, sondern unter Mitbestimmung engagierter Bürger und Initiativen verteilt werden.

Die Notwendigkeit, schnelle Erfolgserlebnisse durch die Umsetzung kleinerer Maßnahmen zu produzieren, gilt aber sicherlich nicht nur für die soziale Stadtteilarbeit. So zeigen unsere Umfragen im Rahmen des Forschungsprojekts Bürgerkommune in Arnsberg, dass sowohl die Ratsmitglieder als auch die Verwaltungsmitarbeiter, die Umsetzungsdefizite bei Beteiligungsangeboten für das Problem halten, das am häufigsten bei Beteiligungsprozessen auftritt (unter neun zur Auswahl gestellten Problemen). So stimmten die meisten Befragten der folgenden Aussage zu: „viele Ergebnisse von Bürgerbeteiligung werden nicht umgesetzt und das führt zu einer eher noch größeren Politikverdrossenheit der Bürger“ (vgl. Schaubild 5).

**Abbildung 5: Umsetzungsdefizite von Bürgerbeteiligung**



Als rundum positives Beispiel für die Dezentralisierung von Budgetkompetenzen wird in Arnsberg von den interviewten Akteuren die Abgabe von Kompetenzen an den Stadtsportbund genannt. Seit wenigen Jahren verteilt der Stadtsportbund die Sportförderungsmittel an die Vereine und nicht mehr der zuständige Fachausschuss. Dies ist aus Sicht der Befragten effizienter, zumal der Politik damit keine wichtigen Entscheidungskompetenzen weggenommen wurden. Im Gegenteil, man würde unangenehme Entscheidungen auf die Vereine übertragen. Kritisch wurde lediglich sehr allgemein - ohne auf den konkreten Fall Bezug zu nehmen - angemerkt, dass erstens zu überprüfen sei, ob so auch gerade neue Angebote (auch neue Sportarten) gefördert werden und ob überhaupt eine Umverteilung durch den Stadtsportbund im Vergleich zu den vorher durch den Ausschuss vergebenen Mitteln zu verzeichnen sei. Zweitens sei ein weiteres mögliches Problem von Dezentralisierung, dass man als Mandatsträger den Überblick und die Kontrolle verliert, wenn man nicht stetig von der Verwaltung informiert wird. Dies verdeutlicht insgesamt, dass mit der Dezentra

lisierung von Budgets gleichzeitig neue Formen des Berichtswesens einhergehen sollten, um Transparenzdefizite zu reduzieren.

## 5. Förderinstrumente

Neben diesen Rahmenbedingungen und allgemeinen Empfehlungen gibt es aber auch einige konkrete Instrumente zur Förderung der Mitgestalterrolle, die im Folgenden beispielhaft vorgestellt werden sollen.

### Freiwilligenzentralen

Freiwilligenzentralen haben sehr unterschiedliche Aufgaben. Für die Freiwilligenzentren des deutschen Caritasverbandes werden drei Aufgabenbereiche genannt:

- die Vermittlung von Ehrenamtlichen
- die Anregung von Diskussionsforen zum sozialen Engagement
- und die Entwicklung neuer sozialer Aktionen und Engagementfelder in der jeweiligen Stadt.

Der Schwerpunkt der Freiwilligenzentren bzw. Freiwilligenzentralen liegt in der Praxis klar auf der Werbung und Vermittlung von Ehrenamtlichen. Diese Einrichtungen sind vermehrt seit 1999 entstanden, weil man allgemein davon ausgeht, dass das dauerhafte Engagement in Organisationen zurückgeht, die Bürger sich aber weiterhin für einen beschränkten Zeitraum themenzentriert engagieren wollen. Nach unserer Recherche gibt es in der Mehrzahl der kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens sowie in vielen Gemeinden und auf Kreisebene derzeit ca. 56 Freiwilligenagenturen. Die Vermittlungsquote der meisten Agenturen in größeren Städten liegt bei ca. 100 bis 200 Vermittlungen ehrenamtlicher Helfer im Jahr. Nach einer Umfrage des ISAB-Institutes gibt es in Deutschland insgesamt 184 Freiwilligenagenturen. Darüber hinaus existieren noch 166 Seniorenbüros und 235 Selbsthilfekontaktstellen, die zum Teil ähnliche Aufgaben erfüllen wie Freiwilligenzentralen.

Häufig werden durch Freiwilligenzentralen Ehrenamtliche geworben, die vorher nicht engagiert waren. Damit führen Freiwilligenzentralen nicht zur „Abwerbung“ von Ehrenamtlichen, sondern die Zahl der ehrenamtlich Engagierten wird durch sie nachhaltig erhöht. Dadurch treten sie auch nicht in Konkurrenz zu den Wohlfahrtsverbänden, die häufig die Befürchtung haben, dass ihre Freiwilligen durch neue Engagementangebote abgeworben werden könnten. Die Wohlfahrtsverbände können aber noch aus einem anderen Grund den Freiwilligenzentralen gelassen gegenüberstehen. Sie sind viel häufiger Träger der Freiwilligenzentralen als die Kommunen und können dadurch wohl auch einen Teil der Engagementbereiten ihrem Verband zuführen. Kritiker wenden dagegen ein, dass dies dazu führt, dass viele engagementbereite Bürger sich nicht von den Freiwilligenzentralen angesprochen fühlen, weil sie Aushängeschilder der Verbände sind, mit denen sie auch aufgrund der Auflösung sozialkultureller Milieus nicht mehr viel zu tun haben wollen.

Insgesamt betrachtet, sind Freiwilligenzentralen zumindest in Großstädten eine empfehlenswerte Einrichtung, wobei sicherlich zu überlegen ist, inwieweit sie mit Selbsthilfekontaktstellen und Seni



orenbüros zusammengeführt werden können, um ihre Finanzierung nachhaltig zu sichern, wenn nach wenigen Jahren die Landesförderung wegfällt.

## **Bürgerstiftungen**

Bürgerstiftungen sind unabhängige und gemeinnützige Organisationen zur Förderung sozialer, kultureller und ökologischer Belange. Als Stiftung von Bürgern für Bürger wollen Bürgerstiftungen ein möglichst breites Stifterspektrum ansprechen. Bürgerstiftungen sollen Spenden einzelner Bürger und Institutionen sammeln, das Geld anlegen, um aus den Kapitalerträgen Projekte im sozialen und kulturellen Bereich zu finanzieren. Ein Vorteil von Bürgerstiftungen ist, dass man mit dem Stiftungskapital langfristig Projekte unterstützen kann, so dass der Bürger die soziale Infrastruktur seiner Stadt unabhängig von der Haushaltslage seiner Stadt sichern kann.

Abgesehen von einigen historischen Vorläufern wurde die erste deutsche Bürgerstiftung in Gütersloh von Reinhard Mohn in die Wege geleitet. Mittlerweile gibt es allein in NRW 11 Bürgerstiftungen. Die Initiierung einer Bürgerstiftung kann sowohl auf einflussreiche private Einzelstifter - wie das Beispiel Gütersloh zeigt - als auch auf das Engagement einer größeren Gruppe von Stiftern, wie z.B. in Remscheid, oder auf ein Engagement der Stadt wie z. B. in Schwäbisch Gmünd zurückgehen. Die wenigsten Stiftungen können sich hauptamtliche Mitarbeiter leisten. Sie rekrutieren ihre ehrenamtlichen Helfer zumeist aus den Stiftungsmitgliedern. Viele Kommunen verbinden mit Bürgerstiftungen große Hoffnungen, weil gerade in Deutschland mit einer „Generation der Erben“ zu rechnen ist, die aufgrund der Erbschaftssteuer bereitwilliger spenden könnten.

Insgesamt ist gerade die Anlaufzeit von Bürgerstiftungen sehr schwierig. Man braucht Finanzmittel, um Stifter zu werben, um Projekte zu fördern und um Kapital zu bilden. Damit eine Bürgerstiftung richtig ins Rollen kommt, bedarf es häufig eines großen Einzelspenders oder eines starken finanziellen Engagements der Stadt. Allerdings kann eine zu starke Beteiligung der Stadt oder staatlicher Stellen die Spendenbereitschaft negativ beeinflussen, weil dann die Bürgerstiftung als staatliche Veranstaltung gedeutet werden könnte. Darüber hinaus empfiehlt sich die Einrichtung von Bürgerstiftungen, wenn überhaupt, häufig nur in größeren Städten mit einem dementsprechenden Potential an möglichen Spendern.

## **Aufgabenübertragung**

In der Stadt Arnsberg wurde, wie in vielen anderen Städten aufgrund der Haushaltskrise, 1995 damit begonnen, die städtischen Sportstätten auf die Sportvereine zu übertragen. Im Jahre 1999 waren bereits 11 der 14 Sportplätze auf Vereine übertragen. Man hatte erst mal mit einem Verein einen Vertrag abgeschlossen, der sowohl für den Verein als auch für die Stadt Vorteile brachte (Win-Win-Situation). Das zentrale Motiv der kommunalen Entscheidungsträger bei der Aufgabenübertragung war die Haushaltskonsolidierung. Die Stadt reduzierte ihre Kosten um 30 % und der Verein konnte mit den verbleibenden 70%, die ihm als „Rationalisierungsdividende“ überwiesen wurde, ein attraktiveres Angebot für seine Mitglieder vorhalten. Als dies die anderen Vereine mitbekamen, kamen sie zum Teil von selbst auf die Stadt zu. Von keinem der in unserem Forschungsprojekt interviewten Akteure wurde in diesem Bereich nach jahrelanger Erprobung gravierende Probleme gesehen, was insgesamt für den Erfolg dieser Maßnahme spricht.

Weniger erfolgreich war man in Arnsberg aber damit, Aufgaben an unorganisierte Bürger zu übertragen. In Arnsberg sollen sehr viele Straßen nicht von der Stadtverwaltung gereinigt werden, sondern von den Bürgern selbst, die im Gegenzug dafür geringere Gebühren zu entrichten haben. Insgesamt wurde von vielen von uns interviewten Akteuren aber betont, dass die Bürger zum Teil die Straße nicht fegen und damit Arnsberg schmutziger geworden sei. Relativ gut würde es in den kleinen Dörfern funktionieren, wo man immer schon die Straße gefegt hat, auch wenn eine Kehrmaschine im Einsatz war. In den anderen Gebieten muss die Verwaltung aber immer mal wieder mit einer „schnellen Eingreiftruppe“ akute Verschmutzungen beseitigen, wodurch die verbleibenden Gebührenzahler mehr belastet werden. Bei der Aufgabenübertragung auf unorganisierte Bürger scheinen sich also zum Teil die bereits beschriebenen Befürchtungen der Verwaltungsmitarbeiter (mangelnde Zuverlässigkeit etc.) zu bestätigen.

Das dürfte daran liegen, dass einzelne Bürger im Vergleich zu Vereinen nur schwer zu einer kontinuierlichen Aufgabenerfüllung verpflichtet werden können und häufig einzelne „Trittbrettfahrer“ ausreichen die Engagementbereitschaft der anderen „Leistungswilligen“ aushöhlen. Während in kleineren homogenen Gemeinwesen - wie z. B. in Dörfern - diese Trittbrettfahrer aufgrund der höheren sozialen Kontrolle noch diszipliniert werden können, ist dies in größeren Einheiten sehr unwahrscheinlich. So zeigt sich in der kommunalen Praxis auch bei Spielplatzpatenschaften, dass diese nur dann sehr gut funktionieren, wenn es gelingt, etablierte Vereine oder öffentliche Institutionen wie z. B. Kindergärten miteinzubeziehen.

Insgesamt sind daher die Möglichkeiten der Übertragung von städtischen Aufgaben auf einzelne Bürger begrenzt. Die Aufgabenübertragung an unorganisierte Bürger in größeren räumlichen Einheiten funktioniert nur dann halbwegs befriedigend, wenn es sich um anspruchsvollere Tätigkeitsfelder handelt, aber eben gerade in dem häufig diskutierten Bereich der Grünpflege. Das Engagement muss aus sich selbst heraus den „Lohn spenden“. Diese Tätigkeitsbereiche setzen ein häufig nicht vorhandenes Qualifikationsniveau voraus und Aufgabenübertragung in diesen Bereichen trifft auf erhebliche Widerstände bei den Beschäftigten, die sich wohl effektiver zur Wehr setzen können als große Teile des Arbeiterbereichs.

## **6. Ausblick**

Es zeigt sich, dass bei den konkreten Instrumenten gut organisierte Interessen oder hauptamtliche Institutionen die wichtigsten Partner der Kommunen sind. Mit ihnen kann man Verträge schließen und ihnen kann man dauerhafte Aufgaben übertragen. Dies hat zur Folge, dass sich die derzeit am meisten diskutierten Instrumente der Engagementförderung (Freiwilligenzentralen, Bürgerstiftungen etc.) eher auf großstädtische Verhältnisse beziehen, weil diese Einrichtungen meist nur in diesem Umfeld zu einer positiven Kosten-Nutzen-Bilanz kommen und damit nur hier eine öffentliche Förderung angesichts des starken Konsolidierungsdrucks in vielen Bundesländern rechtfertigen. Für den dörflichen Bereich ist das aber kein schwerwiegendes Problem, denn hier bestehen ohnehin relativ günstige Bedingungen für individuelles Engagement, ohne damit die dörflichen Verhältnisse als „Engagementoase“ verklären zu wollen. Aber gerade für den Bereich der Klein- und Mittelstädte klafft eine erhebliche Lücke zwischen Anspruch und konkreten Instrumenten, die zur Konjunktur einer ausschließlich symbolischen Politik beitragen kann.

Zudem wird man mit diesen Instrumenten nur begrenzt die engagementbereiten unorganisierten Bürger erreichen. Hierfür müssen stetig neue Projekte entwickelt werden, die den gewandelten Bedürfnissen an Ehrenamtlichkeit Rechnung tragen. Dies können aber die Kommunen oder auch die hauptamtlichen Kräfte in einer Freiwilligenzentrale nur begrenzt selber leisten. Ihnen fehlt es häufig an zündenden Ideen und natürlich auch an persönlichen Beziehungen, die maßgeblich dafür sind, dass engagementbereite Bürger auch tatsächlich an die Engagementfelder herangeführt werden. Dafür bedarf es neuer bürgerschaftlicher Organisationsformen, die selbst für einen Stadtteil oder eine Stadt viele unterschiedliche Projekte entwickeln und in die Tat umsetzen.

Dies führt dann aber zu einem gänzlich anderen Steuerungsmodus als er bisher beschrieben wurde. Bisher wurden in diesem Überblick auch zu heuristischen Zwecken die Möglichkeiten der Engagementförderung etwas stärker aus einer vertikalen, hierarchischen Steuerungsperspektive beschrieben. Hier gibt es Politik und Verwaltung, die über das Partizipationsmanagement die Fäden für die Engagementförderung in der Hand haben und da die „Steuerungsadressaten“, die mit gut ausgesuchten Instrumenten zum Engagement motiviert werden müssen. Diese Perspektive hat auch durchaus ihre Berechtigung, weil Engagementförderung in vielen Feldern nicht heißen kann, dass sich die Kommune einfach aus der Aufgabenerfüllung zurückzieht und darauf hofft, dass diese Lücken durch die Engagementbereitschaft der Bürger oder der Wirtschaft geschlossen werden. Vielmehr wachsen der Kommune wesentliche neue Aufgaben zu, die sorgfältig geplant werden müssen. Sie muss eine engagementfördernde Infrastruktur aufbauen, sie muss für eine sozial ausgewogene Förderpolitik sorgen und sie muss die verschiedenen Förderinstrumente aufeinander abstimmen. Aus dieser Steuerungsperspektive verschiebt sich nur begrenzt das kommunale Kräftedreieck zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung und deswegen werden die bisher beschriebenen Maßnahmen auch nur begrenzt auf massive Widerstände bei den beteiligten Akteuren treffen. Im Gegensatz zur Förderung der Auftraggeber- und Kundenrolle, die nahezu immer durch das „Nadelöhr“ des politisch-administrativen Systems muss, ist diese Steuerungsperspektive bei der Mitgestalterrolle aber stark ergänzungsbedürftig.

So können neben diese „hierarchisch“ angelegte Engagementförderung neue bürgerschaftliche Organisationsformen treten, die beispielsweise für einen Stadtteil die Engagementförderung in eigener Regie durchführen; Politik und Verwaltung ist nur noch ein Partner neben vielen anderen, in manchen Situationen sogar das fünfte Rad am Wagen. Diese grundlegende Veränderung des Kräftedreiecks trifft auf erhebliche Vorbehalte und setzt ein grundlegend anderes Verständnis von Politik und Verwaltung voraus. Man garantiert in diesen Bereichen nicht mehr klar definierte Standards, man stellt nicht mehr für die Bürger Angebote zur Verfügung, die mit Wiederwahl honoriert werden sollen und man vergibt auch keine Aufträge mehr, die von anderen Organisationen zu erfüllen sind. Statt dessen übernimmt man bestenfalls die Rolle des Initiators bzw. Moderators oder auch nur die Rolle des stillen Begleiters, der schnell hilft, wenn er denn gefragt wird. Diese, um es mal etwas despektierlich auszudrücken, „Statistenrolle“ passt so gar nicht in das Selbstbild vieler Verwaltungs- und Fraktionsspitzen und steht auch zumindest kurzfristig in einem deutlichen Widerspruch zu den Profilierungserfordernissen des politischen Wettbewerbs.

Wenn man das Potential für bürgerschaftliches Engagement zukünftig mehr ausschöpfen will, geht aber kein Weg daran vorbei, zumindest in Teilbereichen diese eher horizontalen „Policy-Netzwerke“ (Renate Mayntz) zu schaffen, in der die Kommune nur ein Spieler neben anderen ist.

Eine zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung kann es dabei sogar in diesen Policy-Netzwerken – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips als Hilfe zur Selbsthilfe – sein, sich selbst überflüssig zu machen. Dabei muss man aber auch die Leistungen und Defizite von Policy-Netzwerken berücksichtigen. Sie können Engagement besser binden und finden häufig effektivere Problemlösungen als die kommunalen Vertretungskörperschaften, aber sie sind für den Bürger intransparenter, können Klüngel und Korruption begünstigen, Belastungen gerade für nicht beteiligte Akteure hervorbringen und garantieren sicherlich keine einheitlichen Standards. Ein kleiner Teil dieser Probleme kann dadurch verringert werden, dass möglichst viele Akteure beteiligt werden und nicht so leicht organisationsfähige Interessen durch die Kommune mitvertreten werden. Aber man kann diese Probleme nicht gänzlich beispielsweise durch ein Kontraktmanagement oder ein umfangreiches Regelwerk in den Griff bekommen, weil man damit den „Eigensinn“ und die Leistungen dieser Policy-Netzwerke beschneidet. Man kann also in ein und demselben Bereich häufig nicht beides zugleich haben: hohe Standards, Transparenz und klare Verantwortlichkeiten auf der einen Seite und effektive Problemlösung und hohe Engagementbereitschaft auf der anderen Seite.

Deswegen spricht vieles für eine Patchwork-Lösung, in der sich auf einigen „Flicken“ Policy-Netzwerke durchsetzen. Das dürfte in den Politikfeldern gelingen, die nicht die zentralen Profilierungsfelder der kommunalen Vertretungskörperschaft sind, deren Regulierung nicht so stark durch Bundes- und Landesgesetzgebung reglementiert sind und in denen ressourcenstarke gesellschaftliche Akteure vorhanden sind (z. B. Senioren- oder Stadteilpolitik). Außerhalb dieser Policy-Netzwerke wird und muss es natürlich gerade in Fragen von gesamtstädtischer Bedeutung klare politisch-administrative Verantwortlichkeiten und damit auch eher eine hierarchische Steuerung geben. Andernfalls würden Kommunalwahlen nahezu funktionslos und Kommunalpolitik *könnte* zur „Tyrannei“ einer engagierten, sozial selektiv zusammengesetzten Minderheit mutieren.

Für diese Policy-Netzwerke gibt es bereits heute einige interessante Ansätze in der Praxis. Diese zu schildern, soll aber den folgenden Beiträgen aus der kommunalen Praxis, vor allem dem Beitrag von Wolfgang Ressimann, überlassen bleiben.

## Literaturhinweise

(alle downladbar unter <http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/Projekt.html>)

- Bogumil, Jörg 2001: Neue Formen der Bürgerbeteiligung - Ist die kooperative Demokratie auf dem Vormarsch?, in: Der Städtetag, Heft 6, S. 32-36
- Bogumil, Jörg 2002: Kooperative Demokratie – Formen, Potenziale und Grenzen, in: Haus, Michael (Hrsg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik, Opladen, S. 151-166
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2001a: Die Neugestaltung des kommunalen Kräftedreiecks. Zur Konzeption der Bürgerkommune, in: VOP, Heft 4, S. 10-12
- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2001b: Die Bürgerkommune - eine unsoziale Modewelle? Eine Replik auf Roland Roth, in: Demokratische Gemeinde, Heft 11, S. 26-27
- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2002: Die Bürgerkommune als Zusammenspiel von repräsentativer, direkter und kooperativer Demokratie. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie, in: polis Nr. 55 / 2002 (Arbeitspapiere aus der Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen)
- Bogumil, Jörg / Vogel, Hans Josef 2002: The "Citizens` Community" Arnsberg in Germany: Empowering and enabling citizens, in: Bovaird, Tony, Parrado Díez, Salvador and Löffler, Elke (ed.): Developing Local Governance Networks in Europe. Local Governance in Europe (vol. 1). Baden-Baden: Nomos Publishers, 2002, 29-41
- Holtkamp, Lars 2002a: Die Bürgerkommune und die Interessen der kommunalen Entscheidungsträger, in: Haus, Michael (Hrsg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik, Opladen, S. 129-147
- Holtkamp, Lars 2002b: Das Leitbild der Bürgerkommune - Ein Überblick über Beteiligungsformen und -instrumente; in: Petra-Kelly-Stiftung (Hrsg.): Kommunalpolitik mit den BürgerInnen für die BürgerInnen, Tagungsdokumentation, S. 2-8
- Holtkamp, Lars / Schwarz, Gudrun 2002: Engagementförderung in NRW-Städten - Potentiale nicht ausgeschöpft, in: Forum Kommunalpolitik 1/02, GAR-NRW, S. 13-15

# Ein Stadtteil entdeckt seine Identität – Bürgerengagement im Neustadter Stadtteil Schöntal

Dr. Wolfgang Ressmann, Beigeordneter a. D.

<b>1. Einleitung</b>	<b>21</b>
<b>2. Strukturangaben</b>	<b>22</b>
<b>3. Der Stadtteil Schöntal</b>	<b>22</b>
<b>4. Projekte bürgerschaftlichen Engagements im Neustadter Schöntal</b>	<b>23</b>
Brunnen	24
Naturpark Schöntal	24
Die Restaurierung der Burgruine Wolfsburg	25
Spielplatzinitiative	26
Einrichtung eines Waldspielplatzes	26
Instandhaltung von Fußwegen	27
Unterstützung der Camphill - Lebensgemeinschaft	27
Zukunftsprojekte	27
<b>5. Politische Einflussvergrößerung</b>	<b>27</b>
<b>6. Fazit</b>	<b>28</b>

# 1. Einleitung

Die in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Ansprüche der Bürgerschaft an die öffentliche Hand stoßen zunehmend an ihre finanziellen und organisatorischen Grenzen. Die Steuern- und Abgabenlast hat mittlerweile zudem ihre kritische Grenze erreicht. Die Schaffung neuer Freiräume für bürgerschaftliches Engagement ist daher nicht aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sinnvoll, sondern zeigt für die künftige kommunale Entwicklung neue Perspektiven auf.

Gerade in den Städten – dies gilt für Großstädte ebenso wie für Mittelstädte – ist der ehemals ausgeprägte Quartiersgedanke einer eher anonymisierten Form des Zusammenlebens gewichen, bei der der eigene Verantwortungsbereich erst hinter der eigenen Haustüre beginnt. Die Lösung der daraus resultierenden Probleme ist bislang in der Regel alleinige Aufgabe der Kommunalverwaltung im Rahmen der Daseinsfürsorge.

Die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf die Entscheidungen von Politik und Verwaltung bleiben begrenzt. In besonderen Fällen stellen Verwaltung und Politik der Bürgerschaft bei Maßnahmen von besonderer Bedeutung vorab ihre Lösungsvorschläge z. B. in Form von Bürgerversammlungen vor. Änderungswünsche und eingehende Verbesserungsvorschläge werden im Idealfall bei der endgültigen Umsetzung von der Verwaltung berücksichtigt. Diese dem repräsentativen Politikmodell entsprechende konsultative Bürgerbeteiligung hat somit die Funktion die Legitimation des Verwaltungshandelns zu erhöhen.

Dieser Prozess einer rein konsultativen Bürgerbeteiligung wird zusehends durch direkte Formen bürgerschaftlichen Engagements ergänzt, in dem die Bürgerinnen und Bürger selbst die Initiative ergreifen und die jeweilige Verwaltung die Umsetzung durch technische und materielle Hilfestellung unterstützt. Derartige Bürgerprojekte rufen auch den alten Quartiersgedanken wieder wach, erzeugen eine neue Sichtweise auf den eigenen Stadtteil und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Herausbildung einer sich ausprägenden (Stadtteil)-Identität. Gleichzeitig wächst die Bereitschaft Verantwortung für öffentliche Einrichtungen in der unmittelbaren Nachbarschaft zu übernehmen.

Bürgerprojekte, die unter fachkundiger Anleitung der Verwaltung oder privater Fachleute realisiert werden sind den traditionellen öffentlichen Lösungen oft qualitativ überlegen, da die Bedürfnisse der Anwohner unmittelbar in die Projektrealisierung einfließen und nicht am (Verwaltungs)-Schreibtisch vorgefiltert werden. Von den Bürgern selbst geschaffene Einrichtungen werden in der Regel pfleglicher behandelt durch die soziale Kontrolle seltener zerstört und letztlich steigt die Lebensqualität im unmittelbaren Wohnumfeld.

Diese neue Form des Bürgerengagements setzt eine Veränderung im Rollenverständnis von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft voraus. Die Lokalpolitiker können nicht mehr allein darauf verweisen, dafür gesorgt zu haben, dass die Verwaltung ihrem Willen gefolgt sei und ein entsprechendes Projekt realisiert habe. Die Verwaltung wird mit konkreten Bürgeranliegen konfrontiert und muss sich in ihrer neuen Rolle als Partner für engagierte Bürgerinnen und Bürger beweisen. In diesen Fällen kann auch die politische Verwaltungsspitze nicht mehr den konsultativen Rat der Bürgerschaft zur Umsetzung selbstentwickelter (Verwaltungs)-Projekte einholen, sondern muss klare Stellung zu konkreten, projektorientierten Bürgerwünschen beziehen.

Diese Veränderungen im Rollenverständnis der drei kommunalen Akteursebenen bergen jedoch ein gewisses Konfliktpotential. Übernehmen Bürgerinnen und Bürger selbstständig größere Projekte, die mit kommunalen Zuschüssen gefördert werden, besteht die Gefahr, dass die Bürgerprojekte in Konkurrenz zu traditionellen politik- und verwaltungsinduzierten Vorhaben treten.

Während die Bürgerprojekte einerseits die kommunalen Kassen entlasten, binden sie – soweit Folgekosten entstehen – Haushaltsmittel, die zur Finanzierung von Projekten die die Politik fordert nicht mehr zu Verfügung stehen.

Deshalb ist eine auf langfristigen Erfolg angelegte Förderung des Bürgerengagements auch auf einen Paradigmawechsel bei Politik und Verwaltung angewiesen. Denn im kommunalen Bereich kann die rein repräsentative Interessenswahrnehmung durch gewählte Stadt- oder Gemeinderäte in erheblich höherem Umfang durch Formen direkter Demokratie ergänzt werden.

Diese Vorbemerkungen mögen genügen, um den Rahmen eines Bürgerprojektes im Stadtteil Schöntal der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße zu umreißen, dessen Ziel die Weiterentwicklung eines gesamten Stadtteils auf der Basis einer Reihe von Einzelinitiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger ist.

## **2. Strukturangaben**

Die kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstraße hat die Funktion eines Mittelzentrums mit 55.000 Einwohnern, davon leben ca. 33.000 in der Stadt selbst und ca. 22.000 Bürgerinnen und Bürger in neun Ortsteilen mit überwiegend dörflichem Charakter. Die Stadt ist Verwaltungszentrum mit Mittelpunktfunktion für die Region und größte weinbautreibende Gemeinde Deutschlands. Ein Strukturproblem der Stadt stellt die geringe Zahl von produzierendem Gewerbe dar. Seit den siebziger Jahren hat die Stadt über 70 % der ehemals in diesem Bereich vorhandenen Arbeitsplätze verloren.

Die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße gehörte bis Mitte der achtziger Jahre mit ca. 4.423,- DM pro Einwohner zur Spitzengruppe der höchstverschuldeten Städte in der Bundesrepublik, die absolute Verschuldungshöhe betrug ca. 185 Millionen DM. In einem bundesweit beachteten Reformprozess - zwischen 1989 und 1999 - konnte die Stadt ihre Schulden auf 112 Millionen DM reduzieren. Im Rahmen des Reformprozesses spielte die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine wesentliche Rolle.

## **3. Der Stadtteil Schöntal**

Das Schöntal liegt im Westen Neustadts am Eingang des Lambrechter Tales und hat ca. 5000 Einwohner. Dieser Stadtteil gehört trotz seiner Waldrandlage zu den industriell geprägten städtischen Regionen. Angezogen durch den Speyerbach siedelten sich hier schon im 19. Jahrhundert eine größere Papierfabrik sowie eine industrielle Tuchfabrikation an. Während die Papierfabrik



auch heute noch eine zentrale Funktion in diesem Stadtteil innehat, sind alle anderen Industriebetriebe dem Strukturwandel zum Opfer gefallen.

Damit verlor der Stadtteil seine Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtstadt und hatte in den vergangenen Jahrzehnten einen Bevölkerungsrückgang aufzuweisen, der durch die Ausweisung neuer Baugebiete erst in den letzten Jahren gestoppt werden konnte. Außerdem wuchs das Durchschnittsalter der Bevölkerung deutlich an. Die Struktur ist von mittlerweile modernisierten ehemaligen Arbeiterwohnungen und Siedlungshäusern geprägt.

Einhergehend mit dem Niedergang der ortsansässigen Industrie verschlechterte sich die Versorgungsinfrastruktur des Schöntales durch Geschäftsschliessungen. Selbst die Filiale der örtlichen Sparkasse wurde durch einen Geldautomaten ersetzt. Ein Waldhotel musste schließen. Ehemals beliebte für industriegeprägte Gebiete typische Naherholungseinrichtungen wurden nur noch unzureichend gepflegt und drohten zum Teil zu verfallen. Das Schöntal schien ein Opfer des Strukturwandels zu werden.

Diese Situation wurde durch eine weitere Entwicklung verschärft: Während die im Zuge der Gebietsgemeindereform eingemeindeten Neustadter Ortsteile über eigene (beratende) Interessensvertretungen (Ortsbeiräte und Ortsvorsteher) verfügen, wurde auf die Einrichtung von entsprechenden Stadtteilvertretungen verzichtet. Die Einführung des Kummulierens und Panaschierens in das Kommunalwahlrecht, hatte zudem zur Folge, dass die Vertretung der Stadtteile im Stadtrat zugunsten der Ortsteile abnahm. Aufgrund ihrer homogenen sozialen Struktur können sich Stadtratskandidatinnen und Kandidaten aus den eingemeindeten Dörfern bei den Kommunalwahlen häufig leichter durchsetzen als Mandatsbewerber aus der anonymen Stadtstruktur. Das Schöntal stellt heute nur noch einen von 44 Stadträten. Dem wirtschaftlichen Strukturwandel folgte somit auch ein Verlust politischer Einflussmöglichkeiten.

#### **4. Projekte bürgerschaftlichen Engagements im Neustadter Schöntal**

Der Zuzug jüngerer Familien - im Zuge der Ausweisung neuer Baugebiete in den neunziger Jahren - brachte erstmals seit Jahrzehnten neue Impulse für den Stadtteil, die auch zu einer Reaktivierung der alteingesessenen Bevölkerung führten. Mittlerweile hat sich eine Struktur zahlreicher projektorientierter Bürgerinitiativen herausgebildet, die für die Umsetzung und Betreuung unterschiedlichster Maßnahmen die Verantwortung übernommen haben. Diese Initiativen arbeiten unter dem Dach der Interessensgemeinschaft Schöntal (IG-Schöntal) zusammen und koordinieren ihre Aktivitäten.

Zu den verschiedenen Gruppen zählen unter anderem, der Bürgerverein, die Naturfreunde Ortsverband Neustadt a. d. Weinstraße, die örtliche Camphill-Lebensgemeinschaft, der Sportverein Schöntal, die örtliche evangelische Kirche, eine Spielplatzinitiative, die Siedlergemeinschaft und einige für eine begrenzte Zeit ins Leben gerufene Arbeitsgruppen.

Ziel der Arbeit dieser Initiativen ist neben der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur die Bewahrung oder Wiederentdeckung der Identität des Stadtteils als historisch bedeutsamer und heute

aufgrund der landschaftlichen Umgebung und historischer Bauten auch für den örtlichen Tourismus interessanter Lebensraum.

## **Brunnen**

Aufgrund seiner Waldrandlage weist das Schöntal im näheren Umfeld des Siedlungsgebietes eine Reihe von Quellen und Brunnen auf, die zum Teil - ursprünglich erschlossen - im Laufe der Jahrzehnte verfielen und kaum mehr als Brunnen erkennbar waren.

Die Wiederherstellung der Quellen und Brunnenanlagen stand am Beginn der Arbeit der IG-Schöntal. Alleine bei diesem Vorhaben wurden über 400 Arbeitsstunden in die Einfassung einer Quelle investiert. Das Material und das notwendige technische Know-how wurden zum Großteil von den Mitgliedern der Initiative selbst beschafft. Auf diese Weise wurden mehrere Quellen instand gesetzt.

## **Naturpark Schöntal**

Der Naturpark Schöntal stellte ehemals eine gepflegte, der Naherholung dienende Parkanlage dar, deren schrittweise Wiederinstandsetzung einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der Interessensgemeinschaft darstellt.

Dieses Projekt wurde in Kooperation zwischen der Initiative und der Stadtverwaltung Neustadt a. d. Weinstraße in Angriff genommen. Da die Stadtgärtnerei vor dem Hintergrund begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen und aufgrund der städtischen Haushaltssituation nicht in der Lage ist, die Parkpflege zu gewährleisten, bestand die Lösung darin, die aktiven Bürgerinnen und Bürger unter fachlicher Anleitung mit der Pflege des zum Teil wertvollen Pflanzenbestandes vertraut zu machen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten steht die Stadtgärtnerei Neustadts bei Rückfragen mit Rat und Tat zur Seite.



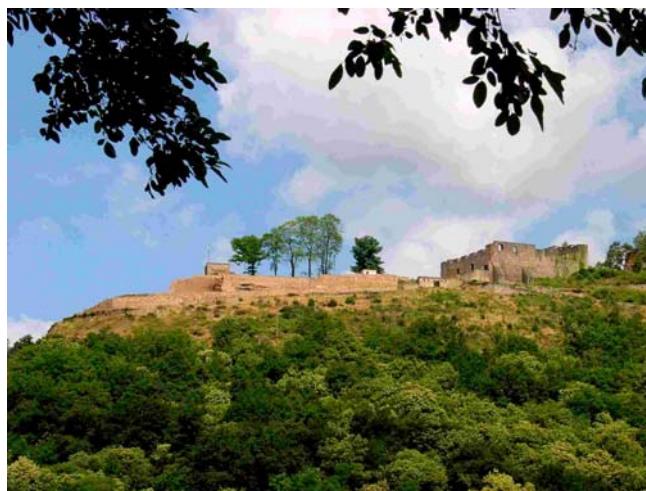
Ein auf dem Gelände der Anlage befindlicher baufälliger Turm wurde gemeinsam von der Bürgerinitiative und städtischen Mitarbeitern in Stand gesetzt, eine Treppe und verschiedene Wege repariert und die Beleuchtung erneuert. Das Gelände ist heute wieder als Naherholungseinrichtung nutzbar. Damit konnte auch die ehemals identitätsstiftende Funktion des „Naturparks Schöntal“ zum Teil wieder belebt werden.

Durch die Instandsetzungsarbeiten hat sich eine vertrauensvolle Kooperationsform zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinitiative herausgebildet.

### **Die Restaurierung der Burgruine Wolfsburg**

Eng verbunden mit der Geschichte des Schöntals ist die Burgruine Wolfsburg, die im 13. Jahrhundert errichtet wurde - in den Bauernkriegen verwüstet - und danach über lange Zeit als Steinbruch diente. Hatte sich bereits in den sechziger Jahren eine Bürgerinitiative der Wolfsburg angenommen, so wurde dieser frühe Faden bürgerschaftlichen Engagements in den neunziger Jahren wieder aufgenommen. Daraus entwickelte sich ein umfangreiches Kooperationsprojekt zwischen den aktiven Schöntaler Bürgern, der Stadtverwaltung Neustadt a. d. Weinstrasse, der regionalen Arbeitsverwaltung und dem Landesamt für Denkmalpflege.

Ziel des Projektes war es den Bestand der Burgruine zu sichern und archäologische Ausgrabungsarbeiten durchzuführen. Für die nötigen Bauarbeiten und Ausgrabungsarbeiten genehmigte die Arbeitsverwaltung ein umfangreiches über ABM-Mittel finanziertes Grabungs- und Bauprojekt, das von dem Bürgerverein Schöntal aktiv unterstützt wurde. Einhergehend mit dem Fortschritt der Bauarbeiten auf der Burg wurde der umliegende Wald gelichtet und von der Stadt eine Beleuchtungsanlage installiert, die die Wolfsburg heute zum weithin sichtbaren Wahrzeichen des Schöntales macht.



Während die Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgerinitiative reibungslos funktionierte stellte diese Kooperation für das Landesamt für Denkmalpflege eine besondere Herausforderung dar. Die Kombination von denkmalpflegerischen Aktivitäten, wissenschaftlichen Ausgrabungen und dem Anliegen aktiver Bürgerinnen und Bürger ihren Stadtteil aufzuwerten, erwiesen sich oft als schwierig.

Letztlich verlief auch dieses Kooperationsprojekt außerordentlich erfolgreich. Die Wolfsburg wurde für örtliche Vereine wieder zu einer attraktiven Open-Air-Veranstaltungsstätte, das Schöntal erhielt ein deutlich aufgewertetes Wahrzeichen und die Burgruine wurde vor dem weiteren Verfall bewahrt. Gleichzeitig steigerte dieses Projekt auch das Interesse auf Seiten der Bürgerschaft die eigene Geschichte intensiver zu erforschen.

### **Spielplatzinitiative**

Durch den Zuzug junger Familien wuchs auch der Bedarf nach der Einrichtung von Spielmöglichkeiten. Aufbauend auf der Erfahrung zahlreicher Spielplatzinitiativen in Neustadt a. d. Weinstraße gründete sich auch im Schöntal eine Bürgerinitiative, die ein brachliegendes städtisches Gelände in Eigenarbeit in einen kindgerechten Spielplatz verwandelte. Die Stadt half hier bei der Beschaffung des Materials, der Einhaltung von Bauvorschriften und der Klärung versicherungsrechtlicher Fragen.

Bei der Errichtung des Spielplatzes halfen auch zahlreiche Mitglieder örtlicher Vereine. Neben dem konkreten Projektergebnis förderte der Bau des Spielplatzes maßgeblich die Integration der Neubürger in das Gemeinschaftsleben des Neustadter Stadtteils.



### **Einrichtung eines Waldspielplatzes**

Unterhalb der Wolfsburg richteten Mitglieder der örtlichen evangelische Gemeinde einen Waldspielplatz ein. An diesen Arbeiten beteiligten sich ebenfalls zahlreiche andere Schöntaler Bürgerinnen und Bürger.

## **Instandhaltung von Fußwegen**

Die Instandhaltung der Fußwege zu den Bushaltestellen am Neustadter Königsberg liegt ebenfalls in den Händen der aktiver Schöntaler Bürgerinnen und Bürger.

## **Unterstützung der Camphill - Lebensgemeinschaft**

Die örtliche Camphill Lebensgemeinschaft engagiert sich nicht nur – wie dargestellt – an diversen Projekten im Schöntal sondern wird umgekehrt z.B. bei der Durchführung des jährlichen Weihnachtsbasars vom Bürgerverein und anderen Initiativen aktiv unterstützt.

## **Zukunftsprojekte**

Für die Zukunft ist die Initiierung einer Erforschung keltischer Befestigungsanlagen und wahrscheinlich dort ebenfalls vorhandener Gräberfelder vorgesehen. Ziel einer weiteren Arbeitsgruppe der IG-Schöntal ist es darüber hinaus die Chronik des Stadtteils zu erarbeiten.

Die umliegenden Wanderwege sollen besser ausgeschildert und ausgestattet werden, der Teich am nahe liegenden Naturfreundehaus soll saniert und die dortigen Spielmöglichkeiten verbessert werden. Ziel dieser Vorhaben ist es außerdem in der städtischen Fremdenverkehrswerbung größere Berücksichtigung zu finden.

## **5. Politische Einflussvergrößerung**

Die Entwicklung des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements im Neustadter Schöntal unterscheidet sich in Umfang und Aufbau von der Struktur des üblichen neuen bürgerschaftlichen Engagements. Stellte die Kooperation zwischen Verwaltung und aktiven Bürgerinnen und Bürgern beim neuen bürgerschaftlichen Engagement das eigentlich innovative Element dar, so entwickeln sich im Neustadter Schöntal Strukturen der Selbstorganisation eines Stadtteils.

Da jede Projektgruppe und Initiative oder Verein jeweils ein spezifisches Aufgabenfeld übernommen hat konnten Kompetenz- und Konkurrenzprobleme vermieden werden. Die klare projektorientierte Zuweisung von Verantwortung hat sich ebenfalls als wesentlicher Erfolgsfaktor erwiesen.

Für alle Initiativen ist dabei die koordinierende Funktion der Interessensgemeinschaft Schöntal von besonderer Bedeutung, die zu regelmäßigen Versammlungen die Bewohner des Stadtteils einlädt.

Auf dieser Basis gelang es in den vergangenen Jahren verlorenen politischen Einfluss zurückzugewinnen, das eigene Selbstvertrauen auf der Basis erfolgreich abgeschlossener Projekte wesentlich zu erhöhen und innerhalb des Stadtteils zur Wiederbelebung einer lange verloren geglaubten Identität beizutragen.

Damit wurde gleichzeitig die Grundlage gelegt um auch im politischen Raum zahlreiche Vorschläge zu Verbesserung der lokalen Infrastruktur zu entwickeln, die schrittweise umgesetzt werden konnten. Dazu zählt unter anderem ein unter aktiver Mitarbeit Schöntaler Jugendlicher hergerichteter Freizeitraum, der jetzt als Außenstelle des städtischen Jugendtreffs fungiert.

Die IG Schöntal unterstützt auch die Stadtverwaltung in ihrem Bemühen neue Geschäfte anzusiedeln. Dies ist angesichts der zwar steigenden aber immer noch begrenzten Kaufkraft in dem Stadtteil nach wie schwierige Aufgabe. Allerdings konnte durch Kooperation mit innerstädtischen Apotheken ein Arzeimittelbringdienst eingerichtet werden, eine Bäckereifiliale eröffnete und die Versorgung mit Frischwaren konnte zumindest in den Sommermonaten vor Ort realisiert werden.

An den Bürgerversammlungen der IG-Schöntal nehmen in der Regel auch Stadträte und Mitglieder des Stadtvorstandes teil. Das hohe Aktivitätsniveau und die zahlreichen erfolgreich realisierten Projekte haben die Basis für eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und aktiven Bürgern gelegt. Dadurch wächst auch der politische Einfluss des Schöntals wieder an.

## **6. Fazit**

Das Bürgerengagement im Neustadter Stadtteil Schöntal stellt ein Beispiel dafür dar, in welchem Umfang die Selbstorganisation eines vom Strukturwandel betroffenen Stadtteils erfolgen kann, wenn verschiedene Faktoren zusammentreffen. In diesem Falle eine vielen älteren Bewohnern noch präsente historisch-gewachsene Quartiersidentität, die zusammen mit den Aktivitäten zugezogener Neubürgerinnen und -bürger zur Basis für einen beginnenden Aufschwung des Stadtviertels liefert.

Die Wahrnehmung der Bündelung unterschiedlichster Projektinitiativen unter dem gemeinsamen, koordinierenden Dach einer Bürgerinitiative erhöht die Organisationsfähigkeit und damit auch die Durchsetzung spezifischer Interesse gegenüber der Verwaltung und der Politik. Die wiedererwachte Quartiersidentität liefert unter anderem durch die mediale Beachtung der diversen Aktivitäten eine Basis dafür, um das Schöntal für Investoren aus dem Handels- und Dienstleistungsbe- reich wieder interessanter zu machen.

Unabdingbare Voraussetzung für einen derartigen Prozess ist die Unterstützung der aktiven Bürgerinnen und Bürger durch die politische Verwaltungsspitze und die jeweiligen Ansprechpartner in den Fachämtern. Für die Politik und die gewählten Ratsmitglieder stellt diese Entwicklung eine große Herausforderung dar, da sich die Ebene der Selbstdarstellung als wesentlicher Faktor einer Wiederwahl verschiebt. An die Stelle des Verweises auf die Realisierung öffentlicher Projekte durch den Einsatz des jeweiligen Ratsmitgliedes tritt vielmehr eine Türöffnerfunktion gegenüber politischer Verwaltungsspitze und Verwaltung.

Diese neue Rolle zu akzeptieren und erfolgreich umzusetzen stellt eines der maßgeblichen Zukunftsprobleme bei der Organisation und Förderung bürgerschaftlichen Engagements dar und verlangt von den politischen Akteuren einen Paradigmen-Wechsel.

Um das Aufkommen einer Konkurrenzsituation zwischen aktiven Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Politik andererseits zu verhindern - gerade wenn es um den Einsatz knapper Haushaltsmittel geht - sind die Parteien und politische Gruppierungen gefordert sich diesen neuen Herausforderungen zu stellen. Gleichzeitig ergeben sich für die Entwicklung des städtischen Gemeinwesens neue Chancen und eine Vielzahl von öffentlichen zugänglichen Einrichtungen, die auf konventionell-administrativem Wege weder in qualitativem noch im quantitativen Umfang möglich wären.

# Praxisbeispiele zum bürgerschaftlichen Engagement in der Stadt Arnsberg

Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg

<b>1. Einleitung</b>	<b>31</b>
<b>2. Strukturangaben</b>	<b>32</b>
<b>3. Seniorenbeirat und Seniorennetzwerk der Stadt Arnsberg</b>	<b>33</b>
<b>4. Modellprojekt „Efi – Erfahrungswissen für Initiativen“</b>	<b>35</b>
<b>5. Generationsübergreifende Projekte der Stadt Arnsberg</b>	<b>36</b>
5.1    Geschichtswerkstatt Ruhrsule Hüsten	36
Heimatlesebuch für den Stadtteil Hüsten	36
Gedenkbuch für den jüdischen Schüler Werner Grünewald	38
5.2    Projekt 50 Jahre Fröbelschule - ein generationsübergreifendes Projekt mit lernbehinderten, sprachgestörten und erziehungsschwierigen Jugendlichen	40
5.3    „Computer-Werkstatt“	41
5.4    „So macht Lernen Spaß“ – Projekt mit Vorschulkindern einer Kindertagesstätte und Seniorinnen und Senioren	42
<b>6. Aktion Partner</b>	<b>43</b>



# 1. Einleitung

Die Stadt Arnsberg verfolgt bereits seit den 90er Jahren eine Modernisierungsstrategie, die von außen nach innen wirkt. Die Reformarbeit richtet sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger („Kundenorientierung“) und den Engagementpotentialen („Bürgeraktivierung“) aus. Der Bürger ist nicht nur „Kunde“ der Verwaltung, sondern auch aktiver Partner bei der Willensbildung und bei der Leistungserstellung („Produzent“). Der Bürger nimmt beide Rollen ein und wird nach Toffler zum Prosument.

Der Bürger, der als „aktiver Bürger, als Berater, Mitgestalter und Coproduzent“ verstanden wird, hat das Recht und muss auch die tatsächliche Möglichkeit haben, sich frühzeitig und direkt an den Willensbildungsprozessen, an der administrativen Leistungserstellung, bzw. an den kommunalen Projekten zu beteiligen und sie selbst mit Unterstützung der Verwaltung zu organisieren. Er hat ein Recht auf Teilhabe, d.h. er hat das Recht, selbstorganisierte Leistungen für sich und die Gemeinschaft zu erbringen, statt allein Konsument fremdbestimmter Angebote zu bleiben.

Eine so verstandene Aktivierung von „neuem“ bürgerschaftlichen Engagement vollzieht sich bereits in vielfältigen Bereichen unserer Stadt. Einige Beispiele sollen an dieser Stelle genannt werden: Projekte zur Einführung einer strategischen Steuerung, „KOMPASS“ und „Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt“, Stadtmarketingprozesse, Aktives Ideen- und Beschwerdemanagement, Selbstorganisation im Kulturbereich, Patenschaften für Spielplätze, Grünflächenpflege, Förderung Lokaler-Agenda-Gruppen, Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung und bei Straßenprojekten, Selbsthilfegruppen, Übertragung der Sporteinrichtungen an Vereine, gemeinsame Erstellung von Plänen, u.v.m..

Für dieses „neue“ bürgerschaftliche Engagement fehlen oft geeignete und innovative Methoden, Strukturen und Unterstützungsangebote. Durch die Bildung einer Agentur für den Aufgabenbereich Bürgerschaftliches Engagement entwickelt die Stadt Arnsberg eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle, eine Koordinierungs- und Vernetzungsdrehscheibe („One-Stop“).

Ziel ist es mit dieser Agentur in zwei Richtungen zu wirken: In Richtung engagementbereiter Bürgerinnen und Bürger oder sonstigen Akteure (Unternehmen) und in Richtung bestehender Institutionen, um deren Öffnung für bürgerschaftliches Engagement mit anzustoßen und neue Verantwortungsrollen für Bürgerinnen und Bürger zu initiieren.

Mit den hier beschriebenen Projekten werden einige ausgewählte neue Praxisbeispiele in der Stadt Arnsberg skizziert. Die Broschüre „Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis – Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente“ gibt einen Überblick über weitere bürgerschaftliche Projekte in Arnsberg.

## 2. Strukturangaben

Rund 81.700 Einwohnerinnen und Einwohner und 37.500 Arbeitsplätze machen Arnsberg zur größten und gleichzeitig wirtschaftlich stärksten Stadt des Hochsauerlandkreises. Arnsberg hat die Funktion eines Mittelszentrums und übernimmt überregionale Aufgaben. Die Bezirksregierung, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, das Landgericht sowie zahlreiche weitere Institutionen sind hier ansässig.

Arnsberg ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort mit einer breit gefächerten Wirtschaftsstruktur. Während sich der Stadtteil Alt-Arnsberg wegen der Vielzahl der Behörden, Gerichten und Organisationen als regionales Verwaltungszentrum darstellt, sind die Stadtteile Neheim, Hüsten und Umland industriell geprägt. Der Schwerpunkt liegt beim produzierenden Gewerbe, auf das rund die Hälfte aller Arbeitsplätze entfällt. Die prozentuale Verteilung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen gestaltet sich wie folgt:

Produzierendes Gewerbe	51,61 %
Sonstige Dienstleistungen	30,46 %
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	17,18 %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,73 %

Die Stadt Arnsberg setzt sich aus 15 Stadtbezirken zusammen: Alt-Arnsberg; Bachum, Breitenbruch, Bruchhausen, Herdringen und Wennigloh. Alt-Arnsberg, Neheim und Hüsten sind die Ortsteile mit der größten Einwohnerzahl. Die heutige Stadt Arnsberg entstand am 01.01.1975 im Rahmen der kommunalen Neugliederung durch den Zusammenschluss der bis dahin selbständigen Städte Arnsberg und Neheim-Hüsten sowie der umliegenden Gemeinden.

Das Stadtgebiet umfasst rund 193 qkm, wobei hiervon rund 120 qkm (62 %) Waldfläche sind. Die Stadt leistet einen herausragenden Beitrag zum Schutz des europäischen Kulturerbes (Alt-Arnsberg – Historischer Stadtkern) und Naturerbes („Natura 2000“ der Europäischen Union).

Seit der Kommunalwahl 1999 besteht der Rat neben dem Bürgermeister aus 46 Mitgliedern. 24 Sitze entfallen auf die CDU-Fraktion, 18 Sitze auf die SPD-Fraktion. Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP erhielten jeweils 2 Ratsmandate.

Bei der Stadtverwaltung Arnsberg arbeiten rund 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon sind 248 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt.

Arnsberg ist seit 1994 Haushaltssicherungskommune. Der Verwaltungshaushalt 2002 weist einen Fehlbedarf in Höhe von 16.575.000 €. Einnahmen in Höhe von 136.734.000 € stehen Ausgaben in Höhe von 153.309.000 € gegenüber. Im Vermögenshaushalt sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 46.738.000 € veranschlagt. Das Investitionsvolumen beträgt 21.255.975 €. Zum 31.12.2001 betrug die Pro Kopf Verschuldung 1.022 €.

### 3. Seniorenbeirat und Seniorennetzwerk der Stadt Arnsberg

Die demographische Entwicklung und die damit verbundene Veränderung der Bevölkerungsstruktur stellen die Städte und Kommunen vor neue umfassende Herausforderungen. Auch in Arnsberg werden zukünftig weniger jüngere Menschen mit mehr älteren Menschen zusammenleben. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung in Arnsberg wird bis 2015 von jetzt 17 % auf rund 21 % steigen. 2015 werden 1.800 Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahre, darin enthalten 1.000 Männer und Frauen über 80 Jahre mehr als heute in Arnsberg leben. Gleichzeitig wird der Anteil der jungen Menschen abnehmen.

Wie sieht nun eine altersgerechte Stadt aus? Was kann die ältere Generation dazu beitragen, „ihre“ Stadt altersgerecht weiterzuentwickeln? Wie kann unsere Stadt das Potential der Älteren für die Gestaltung dieser Entwicklung, ja für den Zusammenhalt der Generationen „aktivieren“?

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen führte zur Neugestaltung des Seniorenbeirats und seiner Arbeit. Aus dem formellen Seniorenbeirat wurde ein Netzwerk von aktiven älteren Bürgerinnen und Bürgern. Das Leitbild ist:

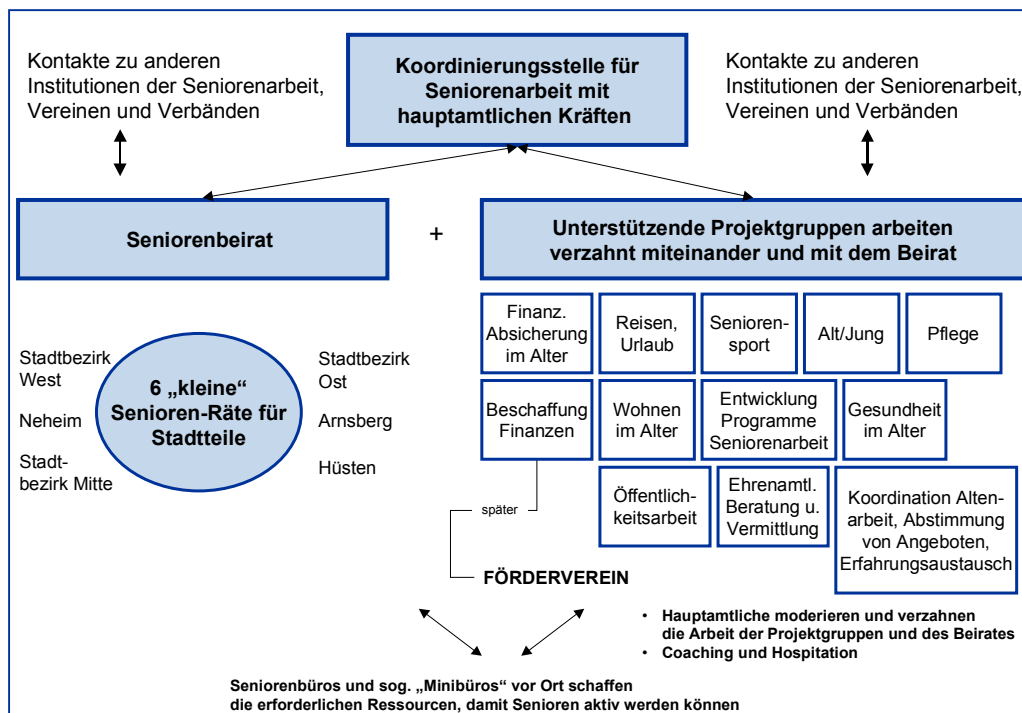
„Der Seniorenbeirat will nicht nur ältere Menschen in unserer Stadt vertreten, sondern sie für eine aktive Mitarbeit und Mitgestaltung gewinnen. Der ehrenamtliche Einsatz und das Engagement der Mitglieder des Seniorenbeirates und der zahlreichen weiteren Bürgerinnen und Bürger sollen einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Stadt Arnsberg leisten.“

Seit Anfang 2001 gestalten wir – Stadt, engagierte Seniorinnen und Senioren und Beirat – unsere Arbeit unter diesem Leitbild neu.

Das Senioren-Netzwerk Arnsberg ist ein Konzept, um Menschen ab 55 Jahren, die nicht mehr im Berufsleben sind, oder vor dieser Lebensphase stehen, Teilhabe zu ermöglichen, damit sie selbst ihr Leben gesichert und attraktiv gestalten und dadurch einen Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen in unserer Stadt leisten können. Aus einem rein formellen Beteiligungsgremium "Seniorenbeirat" wurde ein Netzwerk von aktiven Projektgruppen. Letzteres ist ausgerichtet auf vielseitige Politikfelder in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen durch die Betroffenen und die Akteure generationsübergreifend – mit Unterstützung unserer Verwaltung.

Als selbstorganisierte Projektbeispiele sind zu nennen:

- der „Computer-Club 55 Plus“
- das Redaktionsteam der Seniorenzeitung „Sicht“
- die Zeitzeugen- und Geschichtswerkstatt in der Ruhrschule am Hüttengraben
- zwei in aktiver Bürgerplanung entstandenen Senioren-Wohnbauprojekte



Die Projektgruppen begleiten den Beirat und beraten ihn, machen auf Probleme aufmerksam und tragen zu einer Vernetzung bei. Die Projektgruppen genießen Eigenständigkeit. Sie können in eigener Regie tätig werden und sich untereinander unterstützen.

Der Seniorenbeirat der Stadt Arnsberg ist damit eingebunden in die konkreten Bedürfnisse und Sorgen der älteren Menschen in unserer Stadt und der Möglichkeiten ihrer Bearbeitung durch die Menschen selbst. Er spürt, „wo der Schuh tatsächlich drückt“ und kann gezielt an Lösungen mitarbeiten. Alle älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt Arnsberg sind aufgefordert, im Seniorenbeirat oder in den Projektgruppen mitzuwirken.

Durch diesen innovativen Ansatz der Seniorenarbeit wird den sich abzeichnenden Problemen der älteren Generation versucht, entgegenzuwirken. Das Seniorennetzwerk eignet sich, um im Wandlungsprozess der demographischen Entwicklung den Zusammenhalt der Generationen zu festigen, indem Seniorinnen und Senioren konkret Verantwortung für die Gemeinschaft in unserer Stadt wahrnehmen.

Unser Ziel ist es, dass Menschen gemeinsam handeln, Verständnis füreinander entwickeln, Verantwortung übernehmen und damit die Lebenszufriedenheit und Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt fördern.

## 4. Modellprojekt „Efi – Erfahrungswissen für Initiativen“

Die Stadt Arnsberg nimmt seit 2002 an dem fünfjährigen Modellprogramm „Efi – Erfahrungswissen für Initiativen“ teil. Unsere Ziele sind:

- Mit dem Erfahrungswissen älterer Menschen wollen wir die Freiwilligenarbeit, das bürgerschaftliche Engagement in unserer Stadt unterstützen.
- Wir wollen, die Rolle der älteren Menschen, der künftig größten Bevölkerungsgruppe, innerhalb unserer Gesellschaft neu definieren. Die hohe Kompetenz der Seniorinnen und Senioren und ihre Einsatzbereitschaft für die Gesellschaft sollen genutzt werden.
- Wir wollen aktiven, älteren Menschen eine zusätzliche Perspektive für die weitere Lebensplanung eröffnen, ihr Recht auf „Teilhabe“ auch im Alter realisieren.

Im Rahmen der einjährigen Weiterbildung werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Senior-Trainerinnen und SeniorTrainern ausgebildet. In den Kursen lernen sie mit und innerhalb eines Teams kompetent und kreativ zu arbeiten. In Lerngruppen können sie ihr Wissen aufbereiten, um sich gemeinsam die Grundlagen für ihre spätere Tätigkeit zu erarbeiten. Die SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer werden in den Kursen dafür sensibilisiert, Wissen nicht mit dem Habitus von Vorgesetzten zu vermitteln, sondern als bürgerschaftlich Engagierte – quasi als „Eine/r von uns“ weiter zu geben.

Die Inhalte der Kursblöcke sind praxisnah und handlungsorientiert gestaltet. Beispiele sind

- Aufbau einer Projektgruppe/Projektplanung und -entwicklung
- Gesprächs- und Verhandlungsführung
- Teamleitung/Teamfindungsprozesse
- Außenwirkung/Öffentlichkeitsarbeit
- Rhetorik/Seminarleitung/Referententätigkeit

Nach Abschluss der Ausbildung erhalten die Seniorinnen und Senioren eine SeniorenEhrenamtskarte (Seneka). Sie dient als Identitäts- und Ausbildungsnachweis und gewährleistet einen Versicherungsschutz während der Ausübung der jeweiligen Tätigkeiten. Es gibt viele Tätigkeitsfelder und Bedarfe, in denen sich qualifizierte SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer engagieren können. Beispielsweise:

- generationsübergreifende Projekte in Schulen, Kindertageseinrichtungen
- Kinder- und Jugendarbeit
- Kulturarbeit
- Wohnberatung/Wohnen im Alter
- Weiterbildung/Erwachsenenbildung
- Medienkompetenz/Neue Medien
- Arbeit mit ausländischen Mitbürgern
- Sport/Freizeitbörsen/Geselligkeit
- Seniorbegleitdienste
- Hospizarbeit
- Krankenhaus-Besuchsdienste etc.

Die Ausbildung ist für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenfrei. Die erste Gruppe beginnt im September 2002 und wird 2003 bereits als SeniorTrainer zur Verfügung stehen. Für das Ausbildungsjahr 2002 konnten in der Stadt Arnsberg bereits sieben Fachleute aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen gewonnen werden. Vertreten sind beispielsweise Diplomkaufleute, Informatiker, Pädagogen, Zahnärzte, PR-Manager etc. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind daran interessiert ihre erworbenen Kenntnisse nach der einjährigen wissenschaftlich begleiteten Weiterbildung in bestehende und neue Strukturen und Projekte der Stadt Arnsberg einzubinden. Einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ebenfalls Interesse daran gezeigt, integrative Themen aufzugreifen und/oder bei der Begleitung des Prozesses „Selbständige Schule“ sowie „Jugend, Bildung und Schule“ mitzuwirken.

Weitergehende Informationen zum Efi-Projekt können im Internet unter folgenden Adressen eingesehen werden:

[www.efi-programm.de](http://www.efi-programm.de), [www.seniortrainer.de](http://www.seniortrainer.de), [www.seniortrainerin.de](http://www.seniortrainerin.de)

Dieses Projekt ist ein weiteres Beispiel für die Schaffung neuer Verantwortungsrollen für engagementbereite Bürgerinnen und Bürger.

## **5. Generationsübergreifende Projekte der Stadt Arnsberg**

„Früher war alles anders!“ Wie es aber wirklich war, das erfahren Arnsberger Schülerinnen und Schüler im Rahmen zweier Projekte, die sich mit der Geschichte ihres unmittelbaren Lebensumfeldes auseinandersetzen. Dabei bringen Seniorinnen und Senioren ihre Erfahrungen und Erlebnisse ein und stellen sich der gemeinsamen Verantwortung für Schule, Bildung und Erziehung. Die Kinder wiederum erfahren aus erster Hand, wie das Leben in ihrem Stadtteil früher war und bekommen direkten Kontakt zu den älteren Menschen.

### **5.1 Geschichtswerkstatt Ruhschule Hüsten**

#### **Heimatlesebuch für den Stadtteil Hüsten**

Die Ruhschule ist eine Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Arnsberg mit zur Zeit ca. 110 Schülerinnen und Schülern. Sie liegt im Ortsteil Hüsten, einem Stadtteil, der auch heute noch durch die Schließung der Hüttenwerke Siegerland im Jahr 1966 ge(kenn)zeichnet ist. In direkter Nachbarschaft der Schule befindet sich ein Komplex mit mehreren Senioreneinrichtungen.

Um die Jahreswende 1999/2000 entstand die Idee für das Projekt „Schüler und Senioren gemeinsam“, das nach sechs Monaten Planungszeit mit Beginn des Schuljahres 2000/2001 mit Mitteln der Schule, des Fördervereins, der Stadt Arnsberg und mit GÖS-Mitteln sowie durch Eigenleistungen der Senioren und der Schule realisiert werden konnte. An diesem Projekt sind die Ruhschule, die Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit und die Seniorengruppe Aktiv 55 plus als Kooperationspartner beteiligt. Unterstützt wird das Projekt durch den Förderverein der Ruhschule Hüsten

e.V. Das Gesamtprojekt ist in mehrere Teilprojekte untergliedert. Zu nennen sich an dieser Stelle die Schwerpunktbereiche:

Senioren schulen Senioren

Schüler und Senioren gemeinsam am Computer

Schüler und Senioren singen und musizieren gemeinsam

Geschichtswerkstatt

Das zur Zeit arbeitsaufwändigste und auch erfolgreichste Teilprojekt ist die „Geschichtswerkstatt Unterhüsten, in der rund 20 Schülerinnen und Schüler der 3. und der 4. Klasse zusammenarbeiten. Dazu gehört ein fester Stamm von rund 7 – 10 Seniorinnen und Senioren. Alle zwei Wochen treffen sich die Schüler und Senioren unter Projektleitung des Schulleiters Rainer Ahlborn und des Seniorenbüros der Stadt Arnsberg zu einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft. Bei den Arbeitstreffen und den gemeinsamen Exkursionen erzählen die Senioren den Grundschulkindern aus ihrem Leben zwischen 1930 und 1966 zu den Themenbereichen Schule, Kindheit, Kirche, Arbeit und Kriegszeit. Sütterlin-Schrift, Kinderspiele wie „Schweinchen auf der Leiter“ oder „Räuber und Schanditz“, ein Brot für 20.000 DM während der Inflation und die Arbeit auf der „Hütte“ waren einige Schwerpunkte der Arbeitstreffen.



Warum heißt die Straße Hüttengraben? Wie wurde früher Weihnachten gefeiert? Für Kinder in der Ruhrscheule nun nichts Unbekanntes mehr. Gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren haben Sie wichtige Erfahrungen gesammelt. Von der jeweiligen Sitzung wird ein Protokoll geschrieben, das die Schüler und die Senioren auf Richtigkeit und Vollständigkeit prüfen. Für jedes Halbjahr wird ein Arbeitsplan aufgestellt.

„Schon während meiner Berufszeit habe ich immer wieder erfahren, wie viel Freude der Umgang mit Kindern machen kann. Kinder sind Hoffnungsträger: Sie strahlen Munterkeit, Zuversicht und Lebensfreude aus. Als man mich einlud, das Projekt Geschichtswerkstatt zu unterstützen, habe ich sofort zugesagt. Die gemeinsamen Stunden haben mich nicht enttäuscht, im Gegenteil, sie haben mich immer wieder neu bereichert. Das ist mit Ansporn genug mich weiterhin für junge Menschen zu engagieren.“ Anneliese Welling, Geschichtswerkstatt Senioren und Städtische Grundschule Ruhrscheule

Ein Ziel der Geschichtswerkstatt ist es aus den Protokollen ein Heimatlesebuch für den Ortsteil Hüsten zu erstellen. Damit soll den Schülerinnen und Schülern eine positive Identifikation mit ihrem Heimatort erleichtert und den Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit gegeben werden, ihren Stolz auf ihre Lebensleistungen gebührenden Ausdruck zu geben. Ohne den Einsatz von Menschen aus dem Stadtteil hätte die kleine Schule nicht überleben können. Auf diesem Wege möchte sie dem Stadtteil wieder etwas zurückgeben.

### **Gedenkbuch für den jüdischen Schüler Werner Grünewald**

Eine durch Zufall in einem Schrank der Ruhrschule gefundene Karteikarte über die Einschulung des jüdischen Schülers Werner Grünewald und ein auf dem jüdischen Friedhof gefundener Gedenkstein intensivierten die bisherige Arbeit der Geschichtswerkstatt und waren Anlass für die Schüler und Senioren dem Schicksal von Werner Grünewald intensiver nachzugehen.

Unter dem Titel „Generationen im Dialog – Geschichtswerkstatt - Aktion gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, für Toleranz und Mitmenschlichkeit“ wurde hierzu ein Projekt initiiert. Im Mittelpunkt stand die Erstellung einer Gedenkschrift und Dokumentation über das Leben des Werner Grünewald. Werner Grünewald war im Jahr 1938 Schüler der Ruhrschule Hüsten, wurde aufgrund seines mosaischen Glaubens der Schule verwiesen und kam mit seiner Familie in den Konzentrationslagern ums Leben.

Die wesentlichen Inhalte und Projektziele bestanden in der Aufarbeitung und Auseinandersetzung beider Generationen mit der Vergangenheit, nicht aus moralischer Sicht, sondern für eine gemeinsame Zukunft der Toleranz und Mitmenschlichkeit. Unseren Kindern gehört die Zukunft, weil sie in dieser Welt leben und sie gestalten müssen, wenn die ältere Generation längst verstorben ist. Die Kinder in der Geschichtswerkstatt haben bisher Einzelheiten über das Leben der Menschen im Krieg erfahren. Eingebunden in diese Vorbereitung und in enger Zusammenarbeit mit den Eltern der Kinder sollten die Teilnehmer – und später die Leser des Gedenkbuches – erfahren, dass in der Zeit des Nationalsozialismus sehr viel zerstört wurde, insbesondere die Kultur, die Demokratie, die Freiheit des Menschen und die Toleranz Andersgläubiger und Andersdenkender gegenüber.

Wer nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, ist gefährdet, sie zu wiederholen. Die Verdrängung der Vergangenheit führt häufig dazu, dass wir erste Anzeichen nicht verstehen, sie bagatellisieren, als Einzelfall werten oder auch als schweigende Masse teilnahmslos und ignorant daneben stehen und wegschauen.

Gemeinsam haben sich die Schülerinnen und Schüler im Alter von 9 bis 10 Jahren und die Seniorinnen und Senioren an diesen Themenkomplex herangewagt. Durch die bisherige Zusammenarbeit in der Geschichtswerkstatt ist zwischen beiden Generationen eine emotional vertraute Basis gewachsen. Kinder in diesem Entwicklungsstadium sind in der Lage sensibilisiert zu werden für Recht und Unrecht, sie erkennen Gewalt, Intoleranz und Ausgrenzung. Sie verfügen über einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und verstehen kausale Zusammenhänge von Ursache und Wirkung. Und zwar nicht nur im eigenen Lebenszusammenhang, sondern auch schon als Maßstab für die Beurteilung und Wertung gesellschaftlicher und sozialer Verhältnisse.



Vor diesem Hintergrund wurde der Lebensweg des Werner Grünewald intensiv recherchiert und dokumentiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben für ihr gemeinsames Projekt die nachfolgenden persönlichen Ziele formuliert:

Die Gedenkschrift/Dokumentation für Werner Grünewald soll

- uns erinnern, an alle Menschen, die in dieser Zeit gelitten haben
- soll in uns den Wunsch wecken, den jungen Werner Grünewald gern persönlich gekannt zu haben
- die Hoffnung verbreiten, dass so etwas nie wieder passieren kann
- wir wollen, dass nie wieder Menschen verfolgt und unterdrückt, ausgegrenzt und mit Gewalt bedroht werden, weil sie
  - anders aussehen
  - anders sprechen
  - anders denken oder
  - an einen anderen Gott glauben.
- Wir wollen lernen, dass Konflikte mit anderen auch friedfertig und argumentativ gelöst werden können und unsere ausländischen Mitschüler/Mitbürger integriert werden.

Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten, jeder auf seine Weise in seiner Lebensumwelt. Das gemeinsame Motto:

„Viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern“ (Afrikanisches Sprichwort).

Bei der unmittelbaren Projektarbeit erfuhren die Kinder, wo Werner seinen Sitzplatz in ihrer Schule hatte, und eine Großmutter, die in dem jüdischen Haushalt geputzt hatte, erzählte von dem Jungen. Schließlich wurde sogar der Onkel von Werner Grünewald in London aufgefunden. Dieser Onkel besuchte die Grundschüler und brachte Briefe des Jungen mit, die er im Konzentrationslager geschrieben hatte. Teilweise identifizierten sich die Kinder so stark mit dem Schicksal des Jungen, dass sie ihn „unseren Werner“ nannten. Das erarbeitete Gedenkbuch wurde in einem zweiten Schritt ins Englische übersetzt und u.a. von dem Holocaustarchiv Yad Vashem in Israel angefordert.

Das erfolgreiche Projekt belegt in eindrucksvoller Weise die generationsübergreifende Arbeit der Geschichtswerkstatt und wurde bereits mit Preisen des Bundesbildungsministeriums und der Bezirksregierung Arnberg ausgezeichnet.

## **5.2 Projekt 50 Jahre Fröbelschule - ein generationsübergreifendes Projekt mit lernbehinderten, sprachgestörten und erziehungsschwierigen Jugendlichen**

Die städtische Fröbelschule – eine Sonderschulform und Förderschule für lernbehinderte, erziehungsschwierige und sprachgestörte Kinder, feierte im Juni 2002 ihr 50jähriges Bestehen. Dies war Anlass dafür, gemeinsam mit den Schülern, Lehrern, der Elternschaft und allen Bürgern der Stadt Arnsberg, auf das Jahr 1952 zurückzublicken.

In Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit der Stadt Arnsberg, der Freiwilligenzentrale des HSK und vielen anderen Gruppierungen und Vereinen, präsentierte die Schule, an den Projekt- und Festtagen, Dinge aus dem Jahre 1952, die von ihnen im Rahmen der Projektarbeit gestaltet und erarbeitet wurden. Seniorinnen und Senioren berichteten den Schülerinnen und Schülern über ihre Erfahrungen aus dem Alltagsleben der fünfziger Jahre: „Familie“, „Gesellschaft“ und „Schule“ waren einige der bearbeiteten Themenschwerpunkte.

Um das Fest zu einem Erlebnis werden zu lassen, wurde im Vorfeld um die aktive Unterstützung der Arnsberger Bevölkerung geworben. Für die Projekttage Ende Mai und Anfang Juni wurden Menschen gesucht, die aus eigenen Erfahrungen aus dem Jahr 1952 berichten konnten. Für die Kinder und Jugendlichen ist es oftmals kaum vorstellbar, wie das Alltagsleben in der Familie, in der Gesellschaft und in der Schule früher war.

Die Stadt Arnsberg startete daher über die örtliche Presse einen Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger. Im Mittelpunkt der Pressarbeit standen die folgenden Fragestellungen: „Gibt es in Arnsberg Menschen, die aus ihrem Leben berichten können?“ „Wer hätte Zeit und Lust, gemeinsam mit den Schülern, Szenen aus dem Jahre 1952 vorzubereiten?“

Während der Projekttage fanden Tanz-Workshops, Fotoshootings, Modenschauen etc. statt. Es ging darum alte Spiele wieder neu zu erlernen, zu entdecken und auszuprobieren. Es wurde gebastelt und gewerkelt. Auf diese Weise konnte Kreativität gelebt und Ideen für den späteren Schulalltag mitgenommen werden.

Die Senioren als Zeitzeugen sind „lebendige Geschichtsbücher“. Durch ihre Berichte und Erzählungen sammelten die Kinder neue Erfahrungen im Schulalltag, der Unterricht wurde praktischer und (be)greifbarer.

Neben dem 6-tägigen Werkstattunterricht der Oberstufe, wurden alle Ergebnisse der Arbeit während der eigentlichen Festwoche vorgestellt. Gleichzeitig gab es eine Ausstellung mit Exponaten wie hölzernen Stundenpläne, Schiefertafeln, komplette Sitzgruppen mit Tisch, Sessel und Stehlampe, Vasen und Dekorationsmaterialien, Schaufensterpuppen mit Kleidung aus der damaligen Zeit sowie Musik-CDs mit Schlagern aus den 50er Jahren

Durch diese praxisnahe Form des Schulunterrichts, wurden die Erlebnisse für alle Projektbeteiligten sehr einprägsam und anschaulich dargestellt. Hier öffnete sich die Schule ins Wohnumfeld.

Neben den historischen Dingen fand parallel ein verstärkter Einsatz moderner Medien statt. Die Dokumentation und Präsentation der Arbeit erfolgte u.a. über Computer, Internet, Digitalkameras, Grafikprogramme u.ä.. Bei der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere bei der Erstellung von Plakatentwürfen und dem Verfassen von Presseartikeln gaben die berufserfahrenen Seniorinnen und

Senioren ihr Wissen als „Fachexperten“ an die Schülerinnen und Schüler weiter. Gleichzeitig profitierten die Seniorinnen und Senioren von den Erfahrungen und Berichten der jüngeren Generation.

Im Vordergrund des Projektes „50 Jahre Fröbelschule“ stand das Gemeinschaftserlebnis! Das gemeinsame Arbeiten sollte allen Beteiligten Freude machen. Vermittelt wurden Spaß, Fröhlichkeit und Unbeschwertheit und zwar über Generationen hinweg. Frei sein von kognitiven Leistungsanforderungen und Schule als Lebensraum erfahren, das war und ist unser gemeinsames Ziel und unser Anspruch.

### 5.3 „Computer-Werkstatt“

Technikbegeisterte Senioren des Computerclubs „55 Plus“ begannen vor rund eineinhalb Jahren damit gesponserte PCs für den Einsatz in den Arnberger Grundschulen umzurüsten. Es fehlten Festplatten, Diskettenlaufwerke, CD-Romlaufwerke und Soundkarten. Die anfallenden Hardwarekosten von rund 170 bis 350 DM pro Rechner wurden von der Stadt Arnberg getragen. Die Städtische Hauptschule Theodor-Heuss stellt den Senioren einen geeigneten Arbeitsraum zur Verfügung. Einmal in der Woche treffen sich die Senioren und die PCs aufzurüsten und zu reparieren.



Inzwischen schauen auch jugendliche Computerfreaks immer öfter in die Werkstatt und bringen ihre fundierten Kenntnisse zum Nutzen von Arnbergs Schülerinnen und Schüler ein.

Alt und Jung können in diesem Projekt voneinander lernen. Und die Vorurteile dass Jugendliche „Null Bock“ aufs Ehrenamt und Senioren „keine Kenne“ von moderner Technik haben, können vielleicht bald der Vergangenheit angehören.

Verantwortung für die junge Generation zu übernehmen – diesen Herausforderungen haben sich die technikbegeisterten Senioren in Arnberg gestellt.

#### **5.4 „So macht Lernen Spaß“ – Projekt mit Vorschulkindern einer Kindertagesstätte und Seniorinnen und Senioren**

So macht Lernen Spaß! Getreu dem Motto des Lehrer Lämpels von Wilhelm Busch:

„also lautet der Beschluss, dass der Mensch was lernen muss. Lernen kann man, Gott sei Dank, aber auch sein Leben lang“,

treffen sich seit Mai 2002 Kinder und Seniorinnen und Senioren im Arnsberger Stadtteil Bruchhausen, um ein „Mal-Erzähl-Bilderbuch“ am Computer zu erstellen.

Ziel ist es in Zusammenarbeit mit der städtischen Kindertagesstätte „Entenhausen“ in Bruchhausen, Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren, generationsübergreifende Lern- und Spielerfahrung am PC zu ermöglichen. Die älteren Damen und Herren erleben über die Kinder eine lockere, unverkrampfte Übungssituation am PC. Das Lernen geschieht somit nicht vordergründig. Kinder schätzen an Senioren deren Muße, geduldiges Zuhören und ihr Einfühlungsvermögen.

Die Arbeit am Computer und Internet bereitet sicherlich beiden Generationen eine Brücke in das tägliche Leben der heutigen Zeit. Man kann vieles besser verstehen, mitreden, teilhaben. Durch dieses Projekt werden sicherlich viele Senioren den Mut fassen, auch privat diesen Schritt zu wagen – sich einen internetfähigen Computer zu leisten und das weltweite Netz für sich zu nutzen. Ergebnis der ersten Arbeitsphase wird ein selbst erstelltes Mal- und Bilderbuch sein. Bei der Erarbeitung soll der kreative Umgang mit dem „High-Tech-Gerät“ sowie seine Nutzleistung kennen gelernt werden.

Nach der Fertigstellung soll das Bilderbuch gedruckt und der Öffentlichkeit als gemeinsames Projekt- und Arbeitsergebnis der Kinder und Senioren vorgestellt werden. Im Anschluss an diese erste gemeinsame Arbeit sind weitere regelmäßige Termine als fester Bestandteil der Kindertagesstättenarbeit geplant. Die Räumlichkeiten des Seniorentreffs mit den vorhandenen PC-Geräten möchte die Kindertagesstätte auch für weitere Aufgaben multifunktional nutzen. So können sie unabhängig vom Seniorentreff ihre Arbeit vielschichtig gestalten.

Das Projekt beginnt zunächst mit der städt. Kindertagesstätte „Entenhausen“. Weitere Kindergärten wie beispielsweise der kath. Kindergarten St. Magdalena haben aber bereits ebenfalls Interesse bekundet. Hier werden zur Zeit vorbereitende Gespräche im Leitungsteam und mit dem Elternrat geführt.

Mit diesem Pilotprojekt soll weiteren Einrichtungen und Initiativen Mut gemacht werden, generationsübergreifende Aktivitäten zu wagen. In den Schulen sind landesweit bereits vielfältige Dinge geschehen. Schule hat sich geöffnet. Das stellt auch für die Kindertageseinrichtungen eine neue Chance dar. „Über den eigenen Tellerrand hinausschauen“ – erweitert das Sichtfeld, bringt neue methodische Ansätze in den Alltag.

## 6. Aktion Partner

Die Aktivierung und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bildet ein Schwerpunktthema der Stadt Arnsberg. Nach diesem Grundverständnis soll bürgerschaftliches Engagement bereits im Alltag von Jugendlichen ansetzen. Damit dieser Gedanke bei jungen Menschen Anklang findet, wurde in diesem Jahr im Rahmen des stadtweit vernetzten Präventionsprojektes „KONSSENS“ ein Schülerwettbewerb unter dem Titel „Aktion Partner“ durchgeführt.

Die „Aktion Partner“ ist ein Wettbewerb für Schulklassen und Schülerarbeitsgemeinschaften zur Planung und Durchführung von Kooperationsprojekten, insbesondere verbunden mit dem Ziel bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Durch den Wettbewerb werden Schülerinnen und Schüler aufgefordert gemeinnützige Projektideen zu entwickeln, von deren Bedarf und Umsetzbarkeit sie, aus ihren sozialen Verständnis heraus, überzeugt sind und darüber hinaus die Bereitschaft signalisieren diese auch um zu setzen. Konkret bedeutet dies, die Umsetzung von Schülerinteressen bei der Planung und Durchführung von kooperativen Projekten.

Bürgerschaftliches Engagement – Öffnung von Schule – Netzwerkarbeit – Förderung von sozialer Kompetenz, sind die Eckpfeiler, die bei der „Aktion Partner“ zum Ausdruck kommen sollen. Aufgabe im Wettbewerb war es, sich einen oder mehrere außerschulische Partner zu suchen, um zusammen ein gemeinnütziges Projekt zu entwickeln.

Es geht in erster Linie darum neue Ideen zu erarbeiten, deren Notwendigkeit und Umsetzbarkeit aus Sicht der Jugendlichen gewährleistet sein soll. Was zählt, war also die gute Idee, die in kurzer Form in den beigegeführten Projektbeschreibungen skizziert werden sollte. Um den Anreiz bei den Schülern zu erhöhen, werden die besten drei Projektvorschläge mit jeweils 300,- € prämiert. Der Einsendeschluss für die Projektvorschläge war der 18.07.2002.

Nach den großen Ferien soll mit der Umsetzung der Projektideen begonnen werden. Ein Schüler-vorschlag soll an dieser Stelle skizziert werden:

### **„Bei Anruf Hilfe“ – Ein Projekt der Klasse 6 b der Realschule Hüsten**

#### **Projektidee:**

Arnsberger Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit bekommen in bestimmten Problemlagen (z.B. Wer gießt die Blumen, wenn ich im Urlaub bin? Wer kann älteren Menschen bei der Gartenpflege helfen? Wer kann originelle Geburtstagsgrüße überbringen? oder sogar Wer kann Oma Lotte ihren Wunsch erfüllen einmal Motorrad zu fahren?) Hilfe von der Klasse über ein hierfür freigeschaltetes Telefon zu bekommen. Ungewöhnliche Überraschungen und Wünsche können also im Rahmen der Möglichkeiten der junge Leute auch erfüllt werden.

**Projekttablauf:**

Durch Presseartikel und Handzettel soll die Rufnummer zum Beginn des neuen Schuljahres 2002/03 der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Das Telefon ist dann einmal wöchentlich nachmittags von den Schülerinnen und Schülern besetzt, die daraufhin dann in Aktion treten wollen.

**Projektpartner:**

Projektpartner ist die Sparkasse Arnberg-Sundern, die das Telefon und die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

**Perspektive:**

Es ist geplant das Projekt nach einem bestimmten Zeitraum an andere Klassen zu übergeben, damit die Projektidee fortgeführt und ausgeweitet werden kann.

# Esslingen am Neckar, die Bürgerkommune im Netz - aufgezeigt am Beispiel des Bürger-Webforums

Anja Scholz, persönliche Referentin des Oberbürgermeisters

<b>1. Einleitung</b>	<b>46</b>
<b>2. Die Bürgerkommune Esslingen</b>	<b>46</b>
<b>3. Die Bürgerkommune im Netz</b>	<b>47</b>
<b>4. Das Bürger-Webforum</b>	<b>48</b>
4.1 Das Esslinger Modellprojekt „Egert“	48
4.1.1 Vorgehensweise	48
4.1.2 Erkenntnisse	49
4.2 Bürgerbefragung zum Thema: „e-Bürgerbeteiligung in Esslingen – mitdenken, mitgestalten im Netz“	50
4.3 Aktueller Aufbau des Bürger-Webforums	51
4.4 Ausblick	51
4.4.1 Esslingen im internationalen Vergleich	51
4.4.2 Zielsetzung	52
4.4.3 Umsetzungsschritte	52
<b>5. Fazit</b>	<b>53</b>

## 1. Einleitung

Die ehemalige Reichsstadt Esslingen am Neckar hat etwa 90.000 Einwohner und liegt unweit der Landeshauptstadt Stuttgart. Sie ist Verwaltungsmittelpunkt eines Landkreises, der von der Schwäbischen Alb bis nach Stuttgart reicht.

Esslingen kann im Bereich der Bürgerbeteiligung auf eine langjährige Tradition zurückblicken. Die Stadt lebt von einer ausgesprochen engagierten Bürgerschaft. So gibt es über 420 Vereine. Im Jahr 2000 feierten die Esslinger Bürgerausschüsse ihr 50jähriges Bestehen. Die Lokale Agenda 21 Esslingen gilt als landesweites Vorzeigeprojekt.

Dass dies alles nicht selbstverständlich ist, weiß der Oberbürgermeister der Stadt Esslingen, Dr. Jürgen Zieger. Es ist ihm ein Anliegen das vorhandene Potential an bürgerschaftlicher Beteiligung zu erhalten und zu erweitern. Folglich gilt es, das bestehende Engagement als Grundsäule der Bürgerkommune aufzubauen, zu fördern und anzuerkennen.



Das vorgenannte Konzept geht auf. Das frühzeitige Einbinden vorhandener bürgerschaftlicher Kompetenz ist ein wichtiger Teil der Politikgestaltung und wirkt der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen. Da in einer Bürgerkommune der Bürger in den Mittelpunkt gestellt wird, muss ein Wandel von der Genehmigungs- zur Dienstleistungsverwaltung vollzogen werden. Auch reicht es nicht mehr aus, die Bürger über die Aktivitäten in Politik und Verwaltung zu informieren. Vielmehr ist eine allseitige Bereitschaft zur Kooperation unabdingbar. Daher baut eine Bürgerkommune auf eine umfassende Verwaltungs- und Politikreform auf.

## 2. Die Bürgerkommune Esslingen

Auf dem Weg zur Realisierung der Bürgerkommune und zu einer offenen Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung geht die Stadt Esslingen mehrere Wege:

- Mittels regelmäßig initiierten Bürgersprechstunden mit dem Oberbürgermeister sollen Probleme und Belange der Bürgerschaft aufgedeckt und nach Möglichkeit behoben werden.



- Dank des Aufbaus von einem zentralen Bürgeramt und zwei Bürgerämtern in den Stadtteilen Zell und Berkheim erhält die Esslinger Bevölkerung städtische Dienstleistungen aus zentraler Hand. Lange Wege und zeitraubende Amtsgänge gehören seit Juli 2001 der Vergangenheit an.
- Im Stadtteil Mettingen wird in diesem Jahr ein Bürgerhaus realisiert. Die Gründung weiterer Bürgerhäuser ist in Planung.
- Im November 1999 wurde in Esslingen die lokale Agenda 21 initiiert. Zwischenzeitlich arbeiten 19 Projektgruppen an der Realisierung ihrer Zielsetzungen. Das vor 2 Jahren eröffnete Aktivbüro dient als zentrale Anlaufstelle für alle bürgerschaftlich Engagierten in Esslingen. Es steht ihnen mit Tat und Rat zur Seite.
- Stärkung, Förderung und Ehrung bürgerschaftlichen Engagements durch jährliche Einladung aktiver Bürger zum Kino auf der Burg, mittels zu 50% von der Stadtverwaltung geförderte VHS-Kursangebote sowie das halbjährlich erscheinende Magazin für die Lokale Agenda 21 und das bürgerschaftliche Engagement in Esslingen „ESaktiv“.
- Aufwertung der Bürgerausschüsse anhand systematischer Information durch die Verwaltung.
- Eine Renaissance des bürgerschaftlichen Engagements erfolgt mit der erfolgreichen Entwicklung zweier Bürgerstiftungen: der ZukunftsStiftung Heinz Weiler und dem Esslinger Sozialwerk. Vorgenannte Stiftungen haben sich zu wichtigen Impulsgebern für das gesellschaftliche Leben in Esslingen entwickelt.
- Neujahrsempfang und Schwörtag für jedermann. Zu diesen Anlässen zieht der Oberbürgermeister öffentlich eine kommunalpolitische Bilanz unter seine Arbeit.

Mittels der Angebote zur aktiven Mitgestaltung wird das Ziel verfolgt, die Bürgerschaft frühzeitig in die politische Entscheidungsfindung mit einzubinden und somit die Akzeptanz von Gremienbeschlüssen zu erhöhen.

### 3. Die Bürgerkommune im Netz

Auch mit Hilfe der neuen Medien kann zur Förderung der Bürgerbeteiligung beigetragen werden. Die Stadt Esslingen setzt hierbei auf:

- den Aufbau eines Virtuellen Rathauses mit 35 Diensten bis Ende 2002,
- die Entwicklung von Bürger-PC`s sowie
- ein Internet-Beteiligungsverfahren.

Jede dieser Maßnahmen birgt die Chance, Bürger, Verwaltung und Wirtschaft mittels sicherer Kommunikation im Internet zu verbinden und eine niederschwelligere Kommunikation aufzubauen. Das Internet dient folglich als unterstützendes Kommunikationsmittel.

Das Projekt MediaKomm Esslingen ging 1999 als einer der Gewinner aus dem Städtewettbewerb [MEDIA@Komm](#) - einem der bisher größten Multimedia-Projekte des Bundes – hervor. Der Gewinn führte in Esslingen zu einem Push in Richtung neue Medien. MediaKomm Esslingen ist ein strategisches Projekt mit Leitcharakter. Die Stadt Esslingen möchte als mittelgroße Stadt mit dem Kommunitarismus-Konzept eine gesellschaftspolitische Vision umsetzen, im Rahmen derer der Bürger im Mittelpunkt steht.

Nachfolgende Angebote der Bürgerbeteiligung wurden bereits realisiert:

Projekt MediaKomm Esslingen	mediakomm.esslingen.de
Esslinger Bürgerforen	forum.esslingen.de
Bürgerbeteiligung Bauleitplanung	forum.esslingen.de/buerger/
Jugendnetz Esslingen	jugendnetz.esslingen.de
Jugendgemeinderatswahl	jgrwahl.esslingen.de
Buerger-gehen-online	buerger-gehen-online.de
Bürger-PC	buerger-pc.de
Sozialplattform	sozial.esslingen.de
Lernplattform	lernen-esslingen.de

## 4. Das Bürger-Webforum

### 4.1 Das Esslinger Modellprojekt „Egert“

Vom 15. April bis 17. Mai 2002 konnten interessierte Bürger per e-mail ihre Meinung zum geplanten Neubaugebiet Egert in Esslingen-Zell abgeben.

#### 4.1.1 Vorgehensweise

In Esslingen wurde eine öffentliche Diskussion über die Erforderlichkeit neuer Wohngebiete in Esslingen-Zell geführt. Die Tatsache, dass ein neues Bauprojekt auf großes Interesse einer breiten Öffentlichkeit stoßen, prädestinierten dieses Vorhaben, Versuchsobjekt zum Thema Bürgeraktivierung über ein Webforum und internet-basierte Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben zu sein.

Vor dem eigentlichen Bebauungsplanverfahren fand zum Auftakt der Bürgerbeteiligung eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Daran schloss sich eine internet-basierte Bürgerbeteiligung mit Diskussionsforum an. Dieses Forum wurde von einem externen Moderatorenteam geleitet und eröffnete den Bürgern drei Angebote:

- Abruf von Informationen über aktuelle Untersuchungen und Planungen
- Abgabe von Stellungnahmen und Anregungen
- Lesen der Stellungnahmen anderer sowie Diskussion in einem Internetforum

Die Ergebnisse der Diskussion wurden vom Moderatorenteam in Abstimmung mit allen Teilnehmern zusammengefasst, dem Esslinger Gemeinderat übergeben und im weiteren Verfahren geprüft. In der darauf folgenden Phase des Bebauungsplanvorentwurfs wurde kein Diskussionsforum mehr bereitgestellt. Stattdessen konnten Anregungen per e-mail an die Verwaltung gesendet werden.

Für Bürgerbeteiligungsverfahren im Internet ist nicht nur die verfügbare Technik entscheidend, sondern auch die Gestaltung der online-Kommunikation und deren zielorientierte Einbettung in den

Planungsprozess. Bedeutend ist auch die Art und Weise der Durchführung der Bürgerbeteiligung. Vom Moderatorenteam wurden daher drei Bedingungen für die online-Beteiligung Egert aufgestellt:

### 1. Sinn und Nutzen der Beteiligung müssen für den Bürger klar erkennbar sein

Da es für die Motivation der Bürger wichtig ist, zu wissen, um was es geht, warum sie sich beteiligen sollen und wie ihre Anregungen verwertet werden, wurden die Fragen bereits zu Beginn des Verfahrens von der Stadtverwaltung erklärt.

### 2. Definieren, wie bzw. wo die Kommunikation stattfindet

Die technische Grundlage für das Esslinger Projekt bildete die Beteiligungsplattform (ZENO), welche aus drei Bereichen besteht.

- *Startseite*: Begrüßung, Information über Sinn und Zweck der Beteiligung
- *Bürgerinformation*: Informationen über bestehende Planungen, in verschiedenen Ordnern strukturiert, so dass der User selbst bestimmen kann, wie detailliert er informiert werden möchte
- *Bürgerbeteiligung*: Diskussionsforum, Möglichkeit mit anderen zu diskutieren, Anregungen ins Web zu stellen oder Anregungen anderer lesen

### 3. Aktive Gestaltung des Kommunikationsprozesses durch online-Moderation

Anhand der Leitung der Foren durch externe Moderatoren wurde die Neutralität, die Fairness, die Übersichtlichkeit und die Ergebnisorientierung der Diskussionen gesichert. Im Verlauf der Diskussion strukturierten die Moderatoren die Themen, fassten Ergebnisse zusammen und eröffneten durch die Zuspitzung zentraler Fragen neue Diskussionsforen. Mittels einer persönlichen Ansprache einzelner Teilnehmer wurden neue Argumente herausgefordert. Insofern wirkte die Moderation auf die Teilnehmer aktivierend. Der Ansatz, das Forum zeitlich auf vier Wochen zu befristen, hat sich bewährt. Er hat zu einer konzentrierten Beteiligung mit qualitativ hochwertigen Beiträgen geführt.

#### **4.1.2 Erkenntnisse**

Aus dem Bürgerbeteiligungsverfahren zum Neubaugebiet Egert in Esslingen-Zell wurden folgende Erkenntnisse gezogen:

- Es werden mehr oder andere Bürger als bei konventionellen Verfahren erreicht.

Die Startseite wurde 1.387 Mal, die Bürgerinformation 1.648 Mal und das Diskussionsforum 4.336 Mal aufgerufen. Insgesamt haben sich 26 Personen mit 119 Beiträgen aktiv beteiligt. Nach konservativer Schätzung der Moderatoren waren weitere 80 passive Besucher auf der Internetplattform. Die Zahl der aktiven Teilnehmer lässt darauf schließen, dass die online-Beteiligung durchaus auf Interesse stößt. Es ist jedoch zu erwähnen, dass etwa die Hälfte der Beteiligten unmittelbar vom Bebauungsplan Betroffene und entschiedene Gegner waren. Die andere Hälfte bestand aus Personen, die ohnehin kommunalpolitisch aktiv sind. Bedauerlicherweise war festzustellen, dass das Internet vorerst nicht geeignet ist, bisher nicht aktive Bevölkerungsschichten für kommunale Pla

nungsprozesse zu gewinnen. Allein das Bestehen der technischen Möglichkeit führt nicht zu einer zwangsläufigen Nutzung. Eine weitere Erkenntnis ist, dass auf unnötige Zugangshürden in Form von Passwörtern etc. möglichst zu verzichten ist. Von derartigen Maßnahmen werden selbst engagierte Bürger abgeschreckt.

- Es kommt eine qualifizierte und sachliche Diskussion zustande, die zu einem umfassenden Meinungsbild führt.

Da die Diskussionen lediglich verbal geführt wurden und nicht wie bei face-to-face- Gesprächen von nonverbalen Signalen beeinflusst wurden, waren die im Forum abgegebenen Beiträge durchweg qualifiziert, so dass die Diskussion auf hohem Niveau geführt werden konnte. Diese Form der Kommunikation lässt sich aber nicht auf alle Beteiligungsverfahren anwenden. Wenn es im Sinne der Mediation um Lösungen von Konflikten geht, sollte nicht auf die emotionale Komponente der face-to-face Kommunikation verzichtet werden.

- Es werden für den weiteren Planungsablauf zusätzliche Argumente und Anregungen für die mit der Planung beauftragten Stellen erkennbar

Im Wesentlichen wurden die bereits bekannten Argumente für und wider neue Baugebiete ausgetauscht. Insofern ist erwiesen, dass das Internet bestehende Kommunikationsangebote ergänzt und nicht verdrängt.

- Die höhere Transparenz des Inhalts der Planung und des Prozesses der Entscheidungsfindung führen auch zu einer breiteren Akzeptanz der letztlich zu treffenden Entscheidung

Die vorhandenen Zielkonflikte wurden offengelegt. Das Internet hat zu einer verbesserten Transparenz beigetragen. Sicherlich kann erst von einer echten Transparenz gesprochen werden, wenn auch die verantwortlichen Kommunalpolitiker ihre Argumentation öffentlich austragen. Inhaltliche Konflikte, wie verschiedene Interessenslagen, konnten wie erwartet nicht behoben werden. Die Durchführung der internet-basierten Bürgerbeteiligung hat dennoch dazu beigetragen, den „atmosphärischen“ Konflikten die Spitze zu nehmen, indem die Bürger den Eindruck gewonnen haben, dass ihre Interessen erkannt und gewürdigt werden.

#### **4.2 Bürgerbefragung zum Thema: „e-Bürgerbeteiligung in Esslingen – mitdenken, mitgestalten im Netz“**

Ab dem 13. Mai 2002 gab es für Bürger die Möglichkeit, im Bürger-Webforum zu dem Thema „e-Bürgerbeteiligung in Esslingen – mitdenken, mitgestalten im Netz“ zu diskutieren. Hierbei wurden unter anderem die Bedürfnisse hinsichtlich der städtischen Netz-Angebote für bürgerschaftlich Engagierte erfragt. Auch konnte angegeben werden, ob und welche Formen der Unterstützung in diesem Bereich von Seiten der Bürgerschaft erwünscht sind. Das Beteiligungsangebot bestand bis zum 14. Juli 2002. Aufgrund relativ hoher technischer Zugangshürden konnte keine nennenswerte Bürgerbeteiligung erzielt werden. Aus diesem Grund wird von einer Dokumentation abgesehen.

### **4.3 Aktueller Aufbau des Bürger-Webforums**

Nachdem das Esslinger Bürger-Webforum einer technischen Aufrüstung unterzogen wurde, ging es am 12. August 2002 erneut ins Netz. Interessierte Bürger können nun ihre Meinung zu aktuellen Themen, die den Esslinger Lebensraum betreffen, unter vereinfachten Einstiegsbedingungen abgeben und zur Diskussion stellen. In einer ersten Runde sind Beiträge zu den aktuellen Themenbereichen „Integration in Esslingen“ und „Einzelhandel in Esslingen“ gefragt. Die Ansichten werden vergleichbar mit einem Markt der Meinungen dargestellt, wobei bewusst auf kontroverse Wortwechsel abgezielt wird. Über eine entsprechende Verlinkung stehen im Bedarfsfall Hintergrundinformationen zur jeweils diskutierten Thematik zum Abruf bereit. Zur Realisierung der Bürgerkommune gehört auch, dass möglichst viele Menschen in die politische Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Die Anregungen und Kritiken werden über einen befristeten Zeitraum (6 - 8 Wochen) diskutiert und gesammelt.

Nach Fristablauf werden die Ergebnisse zusammengefasst, archiviert und in die entsprechenden Entscheidungsgremien eingebracht. Somit wird garantiert, dass der jeweilige Standpunkt der an den Foren Beteiligten bei der politischen Entscheidungsfindung Berücksichtigung findet. Folglich wird kein Beitrag umsonst abgegeben, sondern fließt in die politische Meinungsbildung mit ein. Daher besteht für die Bürgerschaft auch die Möglichkeit, sich in der „Aktiv-Ecke“ zu kommunalen Belangen zu äußern, Verbesserungsvorschläge einzubringen oder Fragen zu stellen. Der „Bürgertreff“ bietet den Bürgern Raum für einen losen Austausch. Des Weiteren gibt es geschlossene Foren, die für spezielle Benutzergruppen eingerichtet wurden. Von Vorteil ist hierbei, dass sich die registrierten Benutzer untereinander Nachrichten zukommen lassen können. Das Bürgerforum wird weiterhin von Moderatoren begleitet, die auf die Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen achten und für technische und inhaltliche Fragestellungen zur Verfügung stehen.

Die Initiative MediaKomm Esslingen e.V. stellt unter der Domain <http://forum.esslingen.de/> einen virtuellen Raum für vorgenannte Diskussionsforen zur Verfügung. Die Domain kann zusätzlich über die Startseite der städtischen Homepage <http://esslingen.de> aufgerufen werden. Nach einem kurzen Registrierungsvorgang ist es auch schon möglich, Beiträge in das Forum einzustellen.

Zur Wahrung der Übersichtlichkeit kann ein neues Forum nur von einem Administrator eröffnet werden. Die Administration ist einfach handhabbar und kann von jedem Arbeitsplatz aus durchgeführt werden. Beiträge können in beliebiger Länge eingestellt werden. Für Außenstehende ist jedoch ausschließlich die Eingabe von Textpassagen zugelassen. Auf Wunsch wird ein Benutzer benachrichtigt, sobald auf seine Stellungnahme geantwortet wird.

### **4.4 Ausblick**

#### **4.4.1 Esslingen im internationalen Vergleich**

In den letzten Jahren wurden in vielen Städten Deutschlands und Europas mittels internetbasierter Informations- und Kommunikationstechnologien neue Partizipationsplattformen und -angebote für die Bürger zur Verfügung gestellt. Es ist zu beobachten, dass diese Angebote größtenteils nur im sehr geringen Maße angenommen wurden. Nahezu alle in das Web gestellte Dis

kussionsforen weisen äußerst geringe Beitragszahlen auf. In der Regel entstehen keine wirklichen Diskussionen und die Anzahl der Beiträge tendiert innerhalb kürzester Zeit gegen Null.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Beteiligungsangebote in der Regel eine zu geringe Einbettung in die in den jeweiligen Städten tatsächlich stattfindenden Diskurse aufweisen:

- Zum einen werden Beteiligungsangebote nicht angenommen, weil die Verbindung zum politisch-administrativen System nicht deutlich wird. Die Frage, die Bürger sich stellen lautet: „Warum soll ich mich beteiligen, wenn ich nicht weiß, ob es etwas bewirkt?“
- Zum anderen fehlt oft jegliche Verbindung zu wichtigen städtischen Akteuren, die in den Städten bürgerschaftliches Engagement initiieren und verkörpern. Diskussionen und Engagement gehen daher oftmals an den zur Verfügung gestellten Partizipationsplattformen vorüber.

Auch in Esslingen hat sich gezeigt, dass ein Diskussionsforum trotz begleitender Moderation und intensiver Betreuung nur wenig in Anspruch genommen werden kann. Bei der internet-basierten Bürgeranhörung in Esslingen-Zell konnte jedoch eine rege Bürgerbeteiligung initiiert werden, die im gesamten deutschsprachigen Raum für große Aufmerksamkeit gesorgt hat. Die Erfahrungen aus den betreuten Bürgerforen sowie der internet-basierten Bürgeranhörung sollen daher für die Entwicklung und Umsetzung eines überarbeiteten Konzeptes genutzt werden.

#### **4.4.2 Zielsetzung**

Die Stadt Esslingen hat sich im weiteren Projektverlauf zum Ziel gesetzt, Bürgerforen im Internet zu gestalten, die von den Esslinger Bürgern, Politikern und Mitgliedern der Stadtverwaltung zur Erörterung kommunalpolitischer Sachverhalte genutzt werden. Folglich soll die Planung und Umsetzung in Abstimmung mit potentiellen Nutzern und Stakeholdern erfolgen (z.B. mit Bürgern, die sich im Rahmen der Lokalen Agenda 21 engagieren). Die Relevanz der Bürgerforen muss gesichert werden und transparent sein. Hierzu gehört u. a. die Einbindung in Entscheidungsabläufe oder die Verknüpfung mit speziellen Großveranstaltungen in Esslingen. Eine klare inhaltliche und zeitliche Rahmensetzung fördert die ergebnisorientierte Diskussion. Dem Konzept der Dauerforen wird in Zukunft nicht weiter nachgegangen. Eine Moderation der Bürgerforen ist notwendig. Es wird geprüft, ob die Moderation auch von Seiten der Stadtverwaltung oder der Bürgerschaft übernommen werden kann. Hierfür sollen einfache Regeln und Verfahrensabläufe entwickelt werden. Zur Förderung des Gemeinnsinns werden die Bürgerforen in Zukunft mit Vor-Ort-Treffen gekoppelt. Somit sollen sich auch Bürger, die nicht über einen Internet-Zugang verfügen, in den Diskussionsrunden einbringen können.

#### **4.4.3 Umsetzungsschritte**

Die Planung und Umsetzung der Bürgerforen soll sich an der folgenden Schrittfolge orientieren.

- *Konzeptionserstellung und Abstimmung der Konzeption mit Stakeholdern:* Im Rahmen einer Bedarfsanalyse werden Stakeholder aus der Bürgerschaft, der Stadtverwaltung sowie aus den Reihen der Kommunalpolitiker kontaktiert, über das Bürgerforen-Konzept informiert und um An

regungen gebeten. Bei großer Uneinigkeit wird ein Kreativworkshop initiiert, in dem vorgenannte Personen Vorschläge für die Nutzung der Bürgerforen erarbeiten.

- *Implementierung:* Auf einer städtischen Webseite können mittels eines Online-Formulars Themen zur Erörterung vorgeschlagen werden (Agenda-Setting). Sobald ausreichend Personen Interesse an dem Thema bekunden, soll ein entsprechend betreuter Prozess in Gang gesetzt werden. In einem Vor-Ort-Termin werden das Thema und die unterschiedlichen Positionen vorgestellt. Anschließend soll auf der Basis der E-Partizipationsplattform Zeno r, welche vom Fraunhofer Institut AIS entwickelt wurde, ein moderiertes Bürgerforum eröffnet werden. Nach Verlauf eines Monats findet ein zweites Treffen statt, bei dem die während der Internetdiskussion eingebrachten Lösungsoptionen diskutiert werden. Anschließend wird von den Moderatoren ein Abschlußbericht erstellt, online publiziert und dem entsprechenden Entscheidungsgremium zur Beratung vorgelegt.
- *Monitoring:* Das realisierte Bürgerforen-Konzept soll evaluiert werden. Um die Zufriedenheit der Beteiligten, Erfolgsfaktoren aber auch Umsetzungshindernisse zu erkennen, soll ein Fragebogen eingesetzt werden.

## 5. Fazit

Das Internet verändert die Lebensumgebung. Die Kommunalverwaltung nimmt diese Kommunikationstechnik offensiv an. Mit der Einrichtung von Bürgerforen werden unterschiedliche Sichtweisen zusammengeführt und somit vielversprechende Lernprozesse in Gang gesetzt. Wichtig hierbei ist jedoch, Offenheit in bezug auf Lösungen und Lösungswege zu bekunden. Dann ist ein wesentlicher Schritt in Richtung partizipatorische Entscheidungsfindung getan.

## **Ansprechpartner:**

### **Fachberater des Netzwerkknotens Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Priv. Doz. Dr. Jörg Bogumil  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Sozialwissenschaften, Lehrgebiet Verwaltungswissenschaft  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Tel: 030- 2093-1531 oder 1532 (Skr.)  
mobil:0175-5943963  
e-Mail: joerg.bogumil@rz.hu-berlin.de oder joerg.bogumil@fernuni-Hagen.de

Dr. Lars Holtkamp  
FernUniversität Hagen  
Feithstraße 140  
58084 Hagen  
Telefon: 02331/987-4633  
e-mail: lars.holtkamp@fernuni-hagen.de

### **Stadt Arnsberg**

Britta Schulte, Fachdienst 7.1.2 Organisation/Projektmanagement  
Rathausplatz 1  
59759 Arnsberg  
Telefon:02932/201-1482  
e-Mail: [projektbuero.schulte@arnsberg.de](mailto:projektbuero.schulte@arnsberg.de)

### **Stadt Esslingen am Neckar**

Anja Scholz, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters  
Rathausplatz 2  
73728 Esslingen am Neckar  
Telefon: 0711/3512-2336  
e-mail: anja.scholz@esslingen.de

### **Neustadt an der Weinstraße**

Dr. Wolfgang Ressmann, Beigeordneter a.D.  
Probstgasse 18  
67433 Neustadt an der Weinstraße  
Telefon:  
06321/482350 (privat)  
0621/5202275 (dienstlich)  
e-Mail: [postmaster@ressmann.de](mailto:postmaster@ressmann.de)